

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreigelegte Pettzeile 50 Pfg., für die Zeilstellen 30 Pfg.

## Von den wirklichen Herren unserer Zeit.

Während die Arbeiter so schwer unter der allgemeinen Teuerung zu leiden haben, strömt den wirklichen Herren unserer Zeit ein immer gewaltiger anwachsender Reichtum zu. Das zeigt uns wieder in trockenen Zahlen die Bearbeitung der Geschäftsabschlüsse der deutschen Banken im Jahre 1909, die Robert Franz im „Deutschen Oekonomisten“ veröffentlicht hat und jetzt als besondere Schrift erschienen ist. Selbstverständlich haben die deutschen Banken im letzten Jahre wieder ihre Machtstellung in unserm Wirtschaftsleben noch weiter verstärkt. Die Zahl der Banken ist zwar von 214 auf 213 zurückgegangen, dagegen sind die eigenen Mittel der Banken von 4672,1 Millionen Mark auf 4842,2 und die eigenen und fremden Kapitalien der Banken von 27 560 auf 29 390 Millionen Mark gestiegen. Dabei sind fast nur Banken mit mindestens einer Million Mark Aktienkapital berücksichtigt, weil die kleineren Banken ohne Bedeutung in dieser Beziehung sind.

Von den Banken sind 168 Kreditbanken. Ihr eigenes und fremdes Kapital ist von 12 661,5 Millionen Mark auf 13 739,4 Millionen Mark gestiegen. Davon kam ungefähr die Hälfte auf die Berliner Großbanken, deren Kapital von 6333 Millionen Mark auf 6852 Millionen Mark gestiegen ist. In Wahrheit aber ist der Einfluß der neun Berliner Großbanken ein viel größerer. Tatsächlich, so bemerkt zu den angeführten Zahlen der Bearbeiter der Geschäftsabschlüsse, ist ein viel größerer Teil des gesamten Bankkapitals dem Einflusse der neun Berliner Großbanken unterstellt. Die mit diesen Banken in irgend einer Form der Interessengemeinschaft verbundenen Provinzbanken sind zwar formell selbständige Institute, aber sie gehören doch zu einem Konzern, in dem die betreffende Großbank den Mittelpunkt darstellt. So umfaßt das Kapital der Gruppe der

	Im Jahre 1909 in Millionen Mark	Im Vorjahre in Millionen Mark
Deutschen Bank .....	4029	3878
Dresdner Bank .....	1550	1361
Disconto-Gesellschaft .....	2292	2087
A. Schaaffhausenscher Bankverein	874	875
Bank für Handel und Industrie ..	1009	919
Commerz- und Diskontobank ..	434	384
Mitteldeutschen Kreditbank .....	201	179
Nationalbank für Deutschland ..	400	334
Berliner Handelsgesellschaft .....	487	570

Die neun Berliner Großbanken verwalteten also Ende 1909 zusammen mit den ihnen angegliederten oder befreundeten Instituten ein Gesamtkapital von 11 276 Millionen Mark gegen 10 587 Millionen Mark Ende 1908. Das sind rund 83 pZt. des gesamten von allen Banken verwalteten Kapitals. Mit diesem Kapital beherrschen sie die großen Unternehmungen in der Industrie und im Handel.

Diese Herrschaft muß das arbeitende Volk teuer bezahlen. Der Bruttogewinn der Banken betrug im letzten Jahre 687,43 Millionen Mark gegen 611,82 Millionen Mark im Vorjahre und 145,71 Millionen Mark im Jahre 1883. Davon wurden als Dividenden an die Aktionäre gezahlt im letzten Jahre 285,09 Millionen Mark gegen 277,15 Millionen Mark im Vorjahre und 84,05 Millionen Mark im Jahre 1883.

Das arbeitende Volk sieht hieraus, wie sich der Reichtum unserer Zeit immer mehr in der Hand einer kleinen Clique aufhäuft. Wenn auch das arbeitende Volk unter dem Drucke der Teuerung noch so sehr hungert, die Bankherren stecken immer mehr Millionen als Profit ein. Dabei haben sie so gut wie gar keine Gefahr für ihren Reichtum zu befürchten. Vergleichen wir die Durchschnitts-

dividende aller Banken vom Jahre 1883 ab, so finden wir die niedrigste Dividende (6,02 pZt.) im Jahre 1901 und die höchste im Jahre 1899 (8,21 pZt.), im letzten Jahre betrug sie 7,74 pZt. Die Schwankungen sind sehr gering; die Aktien der Banken sind sichere Papiere. Am besten stehen natürlich die Großbanken. Ihre Dividenden sind noch höher als der Durchschnitt für alle Banken.

Bezeichnend ist auch, daß, wie der Bearbeiter der Geschäftsberichte mit Recht hervorhebt, die Großbanken ihre Tätigkeit mehr und mehr auf das Ausland ausdehnen. So hat die Dresdner Bank sich an der Uebernahme einer neuen Aktienemission der Banque S. Mard & Co. in Paris stark beteiligt. Dies hat die Bank in ihrem Geschäftsbericht mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, daß sie ihre gute Entwicklung im letzten Jahre unter anderem der Erweiterung ihrer Beziehungen zum Auslande verdanke und daß sie deshalb auf diesem Wege weiter fortschreiten wolle. Die Deutsche Bank hatte gegen Ende 1909 unter Uebernahme des Bankhauses Balses & Co. in Brüssel eine neue Filiale errichtet. Die Nationalbank für Deutschland hat sich die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zum Auslande ebenfalls angelegen sein lassen, indem sie in engere Geschäftsverbindung mit dem Credit Mobilier Francais trat, der unter ihrer Mitwirkung sein Kapital von 25 Millionen Frank auf 45 Millionen Frank erhöht hat. Eine größere wirtschaftliche Annäherung an das kapitalreiche Frankreich, heißt es in der Besprechung dieser Erscheinungen, ist schon lange unserer Bankwelt als wünschens- und erstrebenswert erschienen. Nachdem sich die politischen Beziehungen zu unserm westlichen Nachbar seit Jahresfrist offenbar wesentlich günstiger gestaltet hatten, erachteten die Börsenbarone den Zeitpunkt für gekommen, um praktische Schritte nach jenem Ziele zu tun. Auch die Brüsseler Filiale der Deutschen Bank dürfte in dem kommerziell und industriell in sehr guter Entwicklung befindlichen Belgien eine fruchtbare Tätigkeit entfalten können. Das klingt ganz anders als die „patriotischen“ Redensarten von dem „Schutze der nationalen Arbeit“, mit denen die Zollwucherer ihre schamlose Ausplünderung des arbeitenden Volkes zu beschönigen suchen und als die „patriotischen“ Sekreden gegen das Ausland zur Rechtfertigung immer größerer Ausgaben für den Militarismus und Marinismus.

Schließlich sei auf eine neue Sorge hingewiesen, die den bürgerlichen Sozialpolitikern die Entwicklung der Großbanken und ihr Einfluß auf unser ganzes wirtschaftliches Leben bereitet: die Sorge, daß einmal die Leute fehlen könnten, die geeignet sind, die Großbanken zu leiten. Wenn derartige Persönlichkeiten fehlen, so liegt das, verächtlich der sehr sachkundige Bearbeiter des Materials, in hohem Grade am System. Es sei eine dauernde und auch berechtigige Klage der Beamten, daß es selbst für den Strebsamsten und Tüchtigsten, wenn er sich keiner „Konnexionen“ zu erfreuen hat, fast unmöglich ist, nach oben zu kommen, eine seinen Tätigkeiten entsprechende Position zu erlangen. Werden leitende Stellen frei, so werden sie immer häufiger besetzt aus den Kreisen der höheren Staatsbeamten, die meist in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Verwaltungsmitgliedern der Banken stehen. Es sei nicht zu verkennen, daß die ganze Entwicklung der Großbanken einen Zug ins Bürokratische aufweist. Die Nachteile dieser Entwicklung können einmal zu einer wirklichen Gefahr werden, nicht allein für die Banken selbst, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben.

„Man darf sich nämlich nicht darüber im unklaren sein, daß in dem Maße, in dem durch die gekennzeichnete Entwicklung die privatwirtschaftliche Initiative gelähmt wird, der Weg frei gemacht wird für die Verwirklichung staatssozialistischer Tendenzen, die ja überall in unserm Wirtschaftsleben zutage treten und die sich nicht

in letzter Linie gegen die bestehende Organisation unseres Bankwesens richten.“

So kann sich selbst ein bürgerlicher Sozialpolitiker, der aber einen genauen Einblick in das Treiben der Großbanken hat, der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Entwicklung der Großbanken die „Gefahr“ des Staatssozialismus heraufbeschwört. Diese „Gefahr“ kann auch durch gute Ratschläge darüber, wie die Großbanken den Interessen der Gesamtheit am besten dienen können, nicht abgewendet werden. Denn die Großbanken können sich gar nicht nach derartigen guten Lehren richten, die die bürgerlichen Sozialpolitiker schon so oft zum besten gegeben haben und immer von neuem wiederholen. Haben doch die Großbanken unter der Herrschaft des Kapitalismus gar nicht die Aufgabe, den Interessen der Gesamtheit zu dienen, sondern sollen in erster Linie den Bankkapitalisten einen möglichst großen Profit liefern. Das geht aber nur durch eine möglichst starke Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Deshalb müssen die Arbeiter, je mehr die Großbanken unser ganzes Wirtschaftsleben beherrschen, um so mehr dagegen aufgestachelt werden. Jedoch begnügen sie sich nicht mit dem Staatssozialismus, sondern werden dahin streben, daß die gewaltigen wirtschaftlichen Machtmittel der Großbanken nicht nur verstaatlicht, sondern auch nach dem Willen und im Interesse des arbeitenden Volkes nutzbar gemacht werden. Die Entwicklung der Großbanken arbeitet den Bestrebungen der Sozialdemokratie vor, nämlich, der Ablösung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft durch die sozialistische Volkswirtschaft.

## Die Entwicklung unseres Verbandes im dritten Quartal 1910.

Mit dem Fortschritt, den unsere Organisation im verfloffenen Quartal gemacht hat, können wir außerordentlich zufrieden sein. Mit Stolz und Freude werden unsere in der Agitation tätigen Mitglieder das Resultat ihrer Werbearbeit für die Ausbreitung des Verbandes entgegennehmen, und wie die betrübten Lohgerber, denen die Felle wegschwimmen, werden unsere Gegner und Feinde den Fortschritt unseres Verbandes an Aufnahmen und Beiträgen im vergangenen Quartal betrachten.

Nach nebenstehender Tabelle verzeichnen wir im letzten Quartal 222 551 Beiträge und 3446 Neuaufnahmen; das sind 19 051 Beiträge und 892 Aufnahmen mehr als im vorhergehenden Quartal. Gegenüber dem dritten Quartal 1909, welches unserm Verbands 186 656 Beiträge und 2782 Aufnahmen brachte, verzeichnen wir ein Mehr von 35 895 Beiträgen und 664 Aufnahmen.

In der Zahl der Beiträge haben im verfloffenen Quartal sämtliche Gauen und auch die Einzelzahler des Verbandes zugenommen. Mit Ausnahme des Gau's Berlin, welcher gegenüber dem vorhergehenden Quartal zehn Aufnahmen weniger verzeichnet, sind in allen übrigen Gauen und bei den Einzelzahlern der Hauptkasse die Aufnahmen gestiegen. Die Zahl der Aufnahmen vermehrte sich vom zweiten zum dritten Quartal im Gau Hamburg um 34, im Gau Leipzig um 454, im Gau Frankfurt um 162, im Gau München um 230 und bei den Einzelzahlern der Hauptkasse um 22. Die 19 051 Beiträge, welche im dritten gegenüber dem zweiten Quartal mehr kassiert wurden, verteilen sich auf Gau Berlin mit 2075, Gau Hamburg 3760, Gau Leipzig 6886, Gau Frankfurt 2442, Gau München 3128 und Einzelzahler der Hauptkasse mit 760 Beiträgen.

Wenn auch in allen Gauen die Zahl der Beiträge zugenommen hat, so trifft dies doch nicht in allen Zahlstellen zu. Es sind 78 Zahlstellen des Verbandes, welche uns den Fortschritt von 19 051 Beiträgen gebracht und außerdem auch noch 2152 Beiträge mehr eingeholt haben, die in 35 Zahlstellen gegenüber dem vorletzten Quartal weniger kassiert wurden. Im Gau Berlin haben 10 Zahlstellen 2796 Beiträge mehr und 8 Zahlstellen 721 Beiträge weniger kassiert. Im Gau Hamburg haben 13 Zahlstellen eine Zunahme von 3885 Beiträgen und 5 Zahlstellen eine Abnahme von 125 Beiträgen zu verzeichnen. Im Gau Leipzig beträgt der Zuwachs in 17 Zahlstellen 7318 Beiträge und der Abgang in 6 Zahlstellen 432 Beiträge. Im Gau Frankfurt haben 23 Zahlstellen ihre Beiträge um 8012 vermehrt und 13 Zahlstellen die Beiträge um 570 verringert,



Für bereits beschäftigte Arbeiterinnen in der Lohnskala von M. 9 bis 9,50 eine Erhöhung auf M. 10,50. Für alle Arbeiterinnen von M. 10 bis M. 14 eine Zulage von M. 1. Höchstlohn M. 15.

Die jährlichen Lohnzulagen von 50 % bei Arbeitern und Arbeiterinnen bleiben bestehen bis zu den schon oben angeführten Höchstlöhnen.

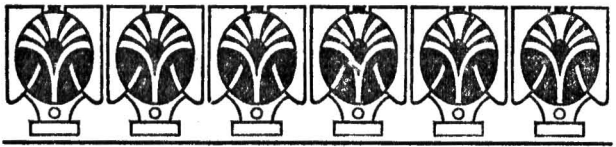
Akkordtabellen werden sichtbar ausgehängen. Scheuerarbeiten werden in Lohn berechnet. Für Ueberstunden ein Aufschlag von 20 pZt., für Sonntagsarbeit ein Aufschlag von 30 pZt.

Die Arbeitszeit ist einheitlich an den Sonnabenden von morgens 7 bis nachmittags 3 Uhr mit einer viertel Stunde Frühstückspause und einer halben Stunde Mittagspause.

Der gewählte Ausschuss bleibt als solcher versuchsweise bestehen, um eventuelle Wünsche vorzutragen, namentlich hinsichtlich Unterstützungen aus der Arbeiterunterstützungskasse, die aus den uneingeschränkt angefallenen Strafgebern besteht. Von diesen können 10 pZt. pro Jahr deponiert werden, so daß die Grundsumme immer bestehen bleibt.

Betrachtet man das Ganze, so kann man wohl sagen: Das erste Mal ein ganz netter Erfolg.

Es wurden erzielt: Eine Arbeitszeitverkürzung um zwei Stunden; Lohnzulagen von M. 1 bis M. 1,50; das Unrecht auf die Strafgebelde (bisher waren die Frauen und Mädchen davon ausgeschlossen, obwohl dieselben die meisten Strafgebelde ausbrachten). Die Lohnsätze bei den Akkordarbeiterinnen sollten garantiert werden. Die Firma wollte sich darauf nicht einlassen; sie erklärte aber, ein gerechteres System in die Akkordsätze hineinzubringen. Wieweit das selbe nun geschehen soll, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft alles daransetzen, das Erungene festzuhalten, um auf dieser Grundlage weiterzubauen. Das zähe Festhalten am Verband verbürgt die späteren Erfolge. Speziell bei den Akkordarbeiterinnen ist noch so viel Wünschenswertes durchzusetzen, daß es noch harter Kämpfe bedarf, einmal das zu erreichen, was man als menschenwürdig bezeichnen kann. In Betracht kamen bei der Bewegung von 160 dort Beschäftigten 120 organisierte Kolleginnen und Kollegen.



**Korrespondenzen.**

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

**Bäcker.**

**Frankfurt a. M.** (Mißbrauch des Arbeitsnachweises im Bäckergewerbe.) Eine starkbesuchte öffentliche Bäckerversammlung tagte am 28. Oktober im Gewerkschaftshause. Genosse Schnabrich referierte unter starkem Beifall über die Einflüsse der Arbeitsnachweise auf die Gewerkschaftsbewegung. Kollege Kumeleit behandelte die Praktiken der hiesigen Innung und die vom stellvertretenden Obermeister Rauch gemachten Verdächtigungen von Arbeitssuchenden. Zu dieser Versammlung waren Herr Rauch und der Innungsvorstand eingeladen; die Herren hatten es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Sie hatten ein paar Gelbe delegiert, die aber die Sache der Innung sehr schlecht vertraten, vielmehr bitterböse klagten, daß sie mit solchem Unban beholt würden. Auch sie hätten Klagen über den Arbeitsnachweis; die Anforderungen seitens der Meister seien geradezu unerschämmt; nicht einmal die Abmachungen der Gelben würden eingehalten. Als in der Diskussion von zahlreichen Rednern den Gelben ihre Laten vor Augen gehalten wurden, wollten die Anwesenden noch nicht in Frankfurt gewesen sein, und der gelbe Wortführer verstieg sich zu dem Ausspruch, gegen die Gefinnung „unseres Dremwig“ hätten sie nichts, aber mit seinen Laten seien sie schon lange nicht zufrieden. Armer Dremwig! Auch erklärten sich die Gelben mit der eingebrachten Resolution einverstanden; nur wünscht der eine Gelbe, daß den Innungsarbeitsnachweisen, solange sie existieren, das Recht der Gefinnungsschnüffelei bei der Vermittlung zustehen soll. Damit beendete er, daß er die Sache der Meister vertrat. Alle übrigen Diskussionsredner verlangten unparteiische Vermittlung durch Anschluß des Innungsarbeitsnachweises an den bereits bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis An der Schmidstube. Eine Resolution wurde sodann gegen zwei Stimmen der Gelben angenommen; die übrigen Gelben stimmten ebenfalls für die Resolution. Darin erklärt die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Referenten, daß die Arbeitsnachweise sowohl in volkswirtschaftlicher Beziehung als auch für die Gewerkschaftsbewegung von großer Wichtigkeit sind. Die Versammelten bedauern, daß auch das neue Stellenvermittlungsgesetz keine Handhabe bietet gegen die einseitig verwalteten Innungsarbeitsnachweise, die keineswegs ihre Aufgabe in unparteiischer Weise erfüllen, sondern verwerfliche Gefinnungsschnüffelei treiben, wodurch freigewerkschaftlich oder politisch sich betätigende Arbeiter an der Erlangung der Arbeit gehindert werden. Die Versammelten fordern daher die Förderung kommunaler Arbeitsnachweise unter paritätischer Verwaltung. Sie protestieren gegen die inkorrekte Handhabung des hiesigen Innungsarbeitsnachweises der Bäckerinnung, insbesondere gegen die unerhörten Verdächtigungen seitens des stellvertretenden Obermeisters Rauch auf die Arbeitssuchenden, wonach letztere indirekt als „Arbeitscheue“ tituliert werden. Die Versammelten geloben, ihre Organisation fortgesetzt zu stärken, um den Anschluß des Innungsarbeitsnachweises an den bereits bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis zu erzwingen. Alle gerecht denkenden Arbeitgeber werden ersucht, bei Bedarf von Arbeitskräften den paritätischen Arbeitsnachweis An der Schmidstube 7 in Anspruch nehmen zu wollen. Die Versammelten erklären ferner, daß die Innung in der Handhabung der Einstellung der hiesigen Gehilfen den Vereinbarungen vom 30. April 1910

fortgesetzt zuwidergehandelt und demnach die Vereinbarung gebrochen hat. Angesichts dessen erkennt die Versammlung auch ihrerseits die Vereinbarung nicht mehr für verbindlich an. Auf Antrag wurde für die Frau eines verstorbenen Kollegen eine Sammlung veranstaltet, welche den Betrag von M. 70 zeitigte. Mit der Aufforderung, bei den Stadtverordnetenwahlen die volle Pflicht zu tun, schloß Kollege Fingel die Versammlung.

**Gollnow.** Nachdem von Seiten einiger Stettiner Kollegen durch die erforderliche Kleinagitation der Boden für die Organisation vorbereitet worden war, konnte hier am 23. Oktober die erste den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besuchte Versammlung für die Bäcker abgehalten werden. Dieselbe beschäftigte sich mit dem Thema: „Ziele und Ergründungen des Bäcker- und Konditorenverbandes“. Als Referent war Kollege Schröder-Stettin erschienen. Die Anwesenden folgten den einstündigen Ausführungen mit sichtlichem Interesse und traten am Schlusse, soweit es noch nicht der Fall war, sämtlich der Organisation bei. Einigkeit, Geschlossenheit, Vertrauen zueinander und zur Organisation waren die Schlusssätze des Referenten, die hoffentlich beherzigt werden. An den Stettiner Kollegen im Verein mit den neugewonnenen Kollegen Gollnows wird es nun liegen, den in der Provinz gewonnenen Stützpunkt der Organisation zu benutzen, um die Idee vom Kampf um unsere Menschenrechte bis in den entlegensten Winkel Hinterpommerns hineinzutragen.

**Gotha.** Am 23. Oktober fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Friedrich einen sehr lehrreichen Vortrag hielt. Trotdem diese Versammlung auf einstimmigen Beschluß der Mitglieder angesetzt war, erschienen in der Mehrzahl nur Kollegen aus den Kleinbetrieben, während die Konsumbäcker fehlten. Dieses Verhalten wurde kritisiert und beschlossen, demnächst eine gründliche Aussprache hierüber herbeizuführen; es wird erwartet, daß dann alle Kollegen erscheinen, damit weitere Maßnahmen vermieden werden. Im weiteren Verlauf teilte der Kollege Rehmann mit, daß die Meister von den Gefellen des gelben Bundes verlangen, Sonntags eine Stunde über die gesetzliche Arbeitszeit zu arbeiten. Hierzu soll von den Gelben eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher demgemäß beschlossen werden soll. Der Vorsitzende, Kollege Habertorn, sowie der Bezirksleiter, spornten die Kollegen an, vollzählig zu dieser Versammlung zu erscheinen, um das freche Ansinnen der profitgierigen Bäckermeister abzuschlagen. Es fand noch eine Aussprache über das Doppelspiel des Kollegen Weiser (Sohn des Backmeisters Weiser in Eisenach) statt. Die nächste Versammlung soll darüber entscheiden. Mit einem Appell an die Kollegen, sich gewerkschaftlich mehr zu betätigen, um in gegebenen Fällen dem prohenhaften Unternehmertum entgegenzutreten zu können, schloß der Vorsitzende die durch das vortreffliche Referat des Kollegen Friedrich von gutem Geiste durchdrungene Versammlung.

**Stadthagen.** (Ein Feind der Organisation.) Die hiesigen Bäckermeister suchen dem in letzter Zeit erfreulicherweise erfolgreichen Vordringen der Organisation entgegenzuwirken. Ganz besonders scheint Herr Bäckermeister Lindenberg uns ins Herz geschlossen zu haben. Dem Organisationsvertreter verweigerte er eine Zusammenkunft mit seinen Gefellen, da er einem „Noten“ nicht gestatten wolle, sein Haus zu betreten. Hoffentlich ist Herr Lindenberg demnächst auch so konsequent seinen „roten“ Brotabnehmern gegenüber. Es muß doch recht windig in den Stadthagener Bäckereien aussehen, daß schon der Besuch eines Verbandesgefellen die Herren aus ihrer beschaulichen Ruhe herausreißen kann.

**Stettin.** Am 23. Oktober fand im Verkehrslokal unsere kombinierte Versammlung, welche sehr gut besucht war, statt. Kollege Stange brachte die Abrechnung vom Streit vom dritten Quartal und vom Sommerergnügen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung zuteil. Zum zweiten Punkt referierte Kollege Nisch. Sovekow über den Entwicklungsgang der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung. Der einstündige Vortrag wurde mit sichtlichem Interesse und beifälliger entgegengenommen. Unter „Verbandsangelegenheit“ ersuchte der Bibliothekar die säumigen Leser, ihre Bücher umzutauschen und machte bekannt, daß die Bibliothek jeden Sonntag geöffnet ist. Beschlossen wurde, auch in diesem Jahre ein Weihnachtsvergügen zu arrangieren. Die Vorbereitungen wurden dem Vorstand übertragen. Unter „Verschiedenes“ forderte Kollege N. Sovekow die Kollegen auf, Leser und Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden; denn diese ist die einzige Presse, die nur allein die Interessen der Arbeiter vertritt. Der Beweis ist kürzlich während unseres Streiks erbracht. Es wurde nochmals darauf hingewiesen, daß mit dem 1. Oktober das neue Statut in Kraft tritt. Für männliche Mitglieder kommen für Stettin und Umgegend die Beitragsstaffeln 50, 60 und 75 %, für weibliche 25 und 40 % in Betracht.

**Konditoren.**

**Berlin.** Am 19. Oktober fand in den „Arminhallen“ eine öffentliche Backgehilfenversammlung statt, zu welcher die Kollegenschaft zahlreich erschienen war. Gauleiter Heßchold referierte über „Das neue Stellenvermittlungsgesetz“. Redner geißelte in scharfen Worten die Art, wie bisher die Kollegen von den Stellenvermittlern ausgebeutet wurden; er führte verschiedene traffe Fälle an. Zum Beispiel hatten einige Kollegen an Vermittlungsgebühren mehr bezahlt als sie in derselben Zeit verdient hatten. Ferner machte der Redner darauf aufmerksam, daß für feste Arbeit jetzt nur noch M. 1 von dem Gehilfen zu zahlen ist. Da das Gesetz vorschreibt, daß die Gebühr von beiden Seiten bestritten werden muß, hat der Arbeitgeber auch M. 1 zu zahlen. Heßchold wies noch darauf hin, daß dieser Satz bedeutend höher sein würde, wenn die freien Gewerkschaften nicht ihren Einfluß dahin geltend gemacht hätten, den Satz so niedrig wie möglich zu bemessen. In solchen Fällen, wo die Kollegen einem Vermittler mehr als diesen Satz bezahlen mußten oder wenn der Vermittler andeutet, daß er extra etwas haben möchte, sollte man dieses sofort den Vertrauensleuten des Verbandes melden, damit derartige Vermittler zur Bestrafung gemeldet werden können. Redner schloß mit dem Appell an die Kollegen, sich zu organisieren, dann würden sie nicht mehr nötig haben, zum Vermittler zu laufen. Weiter wurde bekanntgegeben, daß der Verband zwecks Aufnahme einer Statistik Fragebogen herausgegeben hat. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich hieran zu beteiligen. Einige Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

— (Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse der Konditoren.) Nur unsere Organisation kommt noch für die Kollegen in Betracht, dies zeigte sich so recht bei der am 14. Oktober stattgefundenen Delegiertenwahl der Ortskrankenkasse der Konditoren. Von 412 abgegebenen Stimmen erhielt unsere Liste 411. Eine Stimmenzahl, welche bisher noch nie erreicht war. Die Hirsche, gegen welche wir sonst zu kämpfen hatten, waren diesmal gar nicht in der Lage, eine Liste aufzustellen. Nur Kollege Scheffler war kurze Zeit anwesend, aber als General ohne Soldaten entfernte er sich tiefbetäubt bald wieder. Der Gewerksverein scheint sanft entschlafen zu sein, denn seit der versprochenen großen Abrechnung mit uns hat man nichts mehr von ihm gehört. Unsere Organisation aber schreitet unaufhaltsam vorwärts, überall regen sich die Kollegen. Im Fabrik- sowie im Backgeschäft haben wir in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht. Doch dies darf nicht genügen! Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, nicht nur um das Erworbene zu halten — nein, alle uns noch Fernstehenden müssen der Organisation zugeführt werden. Auch in Berlin werden wir zu geordneten Verhältnissen in den Konditorei- und Fabrikbetrieben kommen.

**Fabrikbranche.**

**Celle.** (Ein Unternehmer u. a.) Der ungefrönte König von Celle, Herr Harry Trüller, regiert unbeschränkt in seinem Betrieb infolge Fehlens jeglicher Organisation. Verlobt sich ein Mädchen, das dort in Arbeit steht, mit einem Sozialdemokraten, so wird dasselbe sofort entlassen, wie geschehen. Wer länger als fünf Tage krank ist, gilt als entlassen, unbekümmert, welche Kündigungsfrist vereinbart war, ob vier Wochen oder acht Tage. Folgendes Schriftstück bekommt jeder, der sich krank meldet, sofort eingehändig:

Wer von den in dem Betriebe der Firma Harry Trüller, Celle, beschäftigten Personen infolge Krankheit, Urlaub oder dergleichen länger als fünf Tage hintereinander aus dem Betriebe fortbleibt, muß sich vor dem Wiedereintritt in die Beschäftigung im Kontor in den üblichen Kontor-Geschäftsstunden melden. Die Firma behält es sich vor, in solchen Fällen, namentlich aber, wenn die Arbeitsverhältnisse länger als eine Woche gewährt hat, das Arbeitsverhältnis als gelöst zu betrachten, weil sich häufig die Arbeitsverhältnisse innerhalb einer Woche in der Fabrik sehr ändern können. Fehlen z. B. mehrere Personen, so kann es vorkommen, daß die betreffenden Posten scheinbar anderweitig besetzt werden müssen und für die früheren Inhaber dann bei Rückkehr zur Arbeit kein geeigneter Posten frei ist. Es kann auch vorkommen, daß inzwischen weniger Beschäftigung in der Fabrik vorliegt usw.

Der Pförtner ist angewiesen, diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche mindestens fünf Tage lang gefehlt haben, nur dann wieder zur Arbeit zuzulassen, wenn der Betreffende eine diesbezügliche Bescheinigung, die ihm bei seiner Meldung im Kontor eventuell auszufertigen ist, vorzeigt. In dieser Bescheinigung ist die Schranke- und Kontrollnummer und, soweit es möglich ist, auch der betreffende Arbeitsaal, in welchem die Arbeit fortzusetzen ist, enthalten.

Harry Trüller.  
Es ist merkwürdig, was sich die Arbeiterschaft alles bieten läßt. Wenn jemand Kündigung hat und er ist während seiner Krankheit ausdrücklich nicht entlassen worden, so muß er bei seiner Rückkehr zur Arbeit wieder eingestellt und mindestens so lange beschäftigt werden, bis die Kündigung abgelaufen ist! Herr Trüller kann sich keineswegs einseitig durch seinen Ukas über das Gesetz stellen. Der Fall beweist wieder, was sich die Unternehmer gegenüber einer unorganisierten Arbeiterschaft glauben leisten zu können. Wenn Herr Trüller aber auf der andern Seite die Arbeiterschaft dort, wo sie sich als Konsumenten zu Organisationen zusammengeschlossen hat, sehr wohl zu finden und zu schätzen weiß, so sollte er unter allen Umständen wenigstens seinen Arbeitern die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte nicht schmälern!

**Herford.** (Arbeiterfreundlichkeit.) Der „Arbeiterfreund“ Herr Flachmann, der alles mit seinen Leuten allein in väterlicher und wohlwollender Weise zum „wahren Wohl seiner Arbeiter“ regelt, hat einen neuen drahtischen Beweis seiner wahrhaft idealen Fürsorge für die Arbeiter geliefert, den man von ihm um so weniger erwartet hätte, weil er auch Armenvorsteher und Waisenrat ist und als solcher das Glend des Menschenlebens doch kennen mußte. Ein in der Schokoladenabteilung arbeitender Kollege, verheiratet, Vater mehrerer Kinder, ist seit ungefähr 1899 bei dieser Firma beschäftigt und bezog zuletzt den Lohn von M. 19, der durch unsere Lohnbewegung auf M. 20 erhöht werden sollte. Dieser Kollege hat nun das Unglück, an Rheumatismus zu leiden, und liegt jetzt seit Mitte September krank. Mit der Lohnbewegung hatte der Kollege also infolge seiner Krankheit auch nicht das geringste zu tun; trotdem brachte es Herr Flachmann als „väterlicher Fürsorger“ seiner Leute fertig, diesem Kollegen die Kündigung zum 5. November per Einschreibebrief ins Haus zu senden! Sie hatte folgenden Wortlaut:

Herford, 22. Oktober 1910.  
Herrn Carl Fischer, Herford, Stadtholzhauffee.

Da sich Ihre Krankheit länger hinzieht und Ihr Posten nicht unbefest bleiben kann, so haben wir solchen anderweit besetzen müssen und sich jemand anders darauf einarbeiten lassen, was Ihnen wohl schon bekannt ist. — Wir haben für Sie sonst keinen Posten frei und kündigen Ihnen daher hiermit Ihre Stelle bei uns zum Sonnabend den 5. November 1910 in aller Form.

mit Achtung  
Barmerier & Flachmann.

„Einschreiben.“  
Einige Wochen vor dem sogenannten heiligen Weihnachtsfeste kommt dieser Arbeiter, der lange elf Jahre seine Schuldigkeit getan und das Vermögen seines Brotherrn in all der Zeit nach besten Kräften vermehrt hat, zur Entlassung, weil er krank wurde und man aus ihm voraussichtlich nicht mehr soviel Profit herauswirtschaften kann. Fort mit ihm, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, mag er sehen, wo er bleibt! Merkt Euch das, Ihr indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen, das ist der Dank Eurer Brotgeber! Das gegebene Beispiel ist aber typischer Art und auch der gleichgültigste Arbeiter müßte

diese Art nun endlich begriffen haben. Humanität in einem kapitalistischen Betriebe? Gütliche Phrase! Es gibt keine Humanität, weil es eben keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gibt. Alte, kranke Arbeiter werden, wenn sie wie eine Zitrone ausgepresst sind, auf die Seite geworfen. Für alle Arbeiter aber erwächst aus solchen Vorgängen die Pflicht der Selbstachtung, der Selbsterhaltung. Jeder Kollege und jede Kollegin hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, auf diese Maßnahmen eine Antwort dadurch zu geben, daß sie ihre Reihen fester und fester schließen, um ihren Herren Brotgebern in all diesen Fällen die richtige Antwort geben zu können. Hier heißt es mit aller Deutlichkeit: Wer da nicht für uns ist, der ist gegen uns; er schädigt sich selbst und verrät seine eigene Klasse.

**Magdeburg.** (Standalöses Visitationssystem bei der Weltfirma Hauswaldt.) Die Firma Hauswaldt, die in ihren Betrieben über 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen, davon allein gegen 700 in der Schokoladenfabrik, beschäftigt, hat schon stets zu denjenigen Großbetrieben gehört, die in puncto Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kreisen der Arbeiterschaft nicht im besten Ruf stand. Aus dem Grunde ist es auch zu verstehen, daß die Firma stets darauf bedacht war, die Organisation der Arbeiter aus dem Betriebe fernzubehalten. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit versuchten die Vorgesetzten, die Beschäftigten über das Unnutze der Gewerkschaft „aufzuklären“, und so wurden schließlich Zustände geschaffen, wie sie jetzt vorhanden sind und die die Arbeiterschaft zu heller Empörung gebracht haben. Seit Anfang September verlangt man von jedem Arbeiter, wenn er eingestellt werden will, zunächst ein polizeiliches Führungszeugnis! Ein solches System ist sonst hier in noch keiner Fabrik vorhanden. Jeder muß also, wenn er in diesem Eldorado arbeiten will, erst einen solchen polizeilichen Urriatsbrief mitbringen, um vor allen Dingen auch genau über die politische Gesinnung des Betreffenden orientiert zu sein. Seit dem 13. Oktober ist auch das schon immer bestehende Visitationssystem in einer aller Sittlichkeit höhnpredchenden Weise umgeändert worden. In der eigens dazu eingerichteten Visitationstube ist von einer Wand zur andern eine hohe Bank gezogen worden. Sämtliche Arbeiterinnen müssen nach Schluß der Arbeitszeit diese Bank bestiegen und werden dann eingehend von der Wirtin bis an die Hüfte befüßt. Zum Schluß werden dann jeder Arbeiterin die Kleider in die Höhe gehoben, mitunter bis ins Gesicht geschleudert, und dieser, das Schamgefühl aufs höchste verletzende Prozedur wohnt fast täglich ein männlicher Angestellter der Firma bei, der, nur vier bis fünf Schritt weggehend, alles genau beobachten kann. Ebenso können durch die Fenster die zur selben Zeit vorübergehenden Arbeiter alltäglich diesen Vorgang beobachten. Im Interesse der Sittlichkeit ist gegen dieses das Ehrgefühl jeder anständigen Arbeiterin aufs höchste verletzende Maßnahme der schärfste Protest einzulegen. Alltäglich werden bald hier, bald dort salbungsvolle Reden gegen die angeblich herrschende Unsitlichkeit gehalten, aber hier wird auf diese Weise täglich das Schamgefühl Hunderte von Frauen und Mädchen erbötet.

Die Behandlung in der Fabrik läßt ebenfalls sehr viel zu wünschen übrig; ist es doch vor einiger Zeit vorgekommen, daß eine Arbeiterin, die aufgehört hatte und ihre Papiere holen wollte, von einem Portier der Firma sogar körperlich mißhandelt worden ist, so daß dieselbe arge Verletzungen davontrug. Gegen den Portier soll, soweit wir erfahren haben, Strafantrag gestellt sein; aber nicht etwa von der Firma — die denkt gar nicht daran! Erklärte doch ein Angestellter sogar, daß der Mann zu solchen Dingen ein volles Recht hätte. Mit dem Strafsystem, das dort die sonderbarsten Blüten zeitigt und in einer Weise durchgeführt ist, wie wohl kaum wo anders, werden wir uns später noch einmal beschäftigen.

Um sich mit allen diesen Dingen zu beschäftigen, fand am 19. Oktober eine von gegen 800 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Betriebsversammlung statt, die sich in heller Empörung gegen alle diese Praktiken der Firma wandte und vor allem die Aufhebung des standalösen Visitationssystems verlangte. Ob es baldigt erreicht werden wird, ist allerdings mehr als zweifelhaft, denn freiwillig dürfte bei dieser Firma kaum auf Aenderung gerechnet werden, obwohl sie auf der andern Seite ganz gern mit der Arbeiterschaft Geschäfte macht und einen Riesenumsatz in den Konsumvereinen hat. Die Firma scheint ihr rigoroses Verhalten gegen ihre Arbeiterschaft nicht eher aufgeben zu wollen, bis die Konsumenten einmal anfangen nachzudenken, wem sie eigentlich ihr Geld hintreiben. Vor allem ist es aber Pflicht der im Betriebe Tätigen beiderlei Geschlechtes, daß sie nun mit aller Energie an den Ausbau der Organisation gehen. Erst dann wird die Fabrikleitung vor ihr den nötigen Respekt haben!

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Bäckerei.

**Unsere Herbstagitation** hat die Bäckerinnungspreffe veranlaßt, außer dem oben Geschriebenen sich auch einmal mit der „Agitationstätigkeit des Verbandes“ zu beschäftigen. Die Redaktion der „Günterschen Bäcker- und Konditor-Zeitung“ beschäftigte sich in zwei Artikeln mit den erst kürzlich beendeten Agitationstouren der Verbandsfunktionäre. Der Aerger über die rührige Tätigkeit der Organisation spricht aus jeder Zeile heraus und, um ihn zu verdecken, wird in langweiligen Mäßen der Senf hinzugegeben. Nur zu gern möchte der Zeilenreiber herausdestillieren, daß wegen einzelner schlecht besuchter und erfolglos verlaufener Versammlungen die Agitationstouren überhaupt wertlos waren. Wir können demgegenüber der Unternehmerpreffe versichern, daß wir von dem Ausgang dieser Agitation in hohem Maße befriedigt sind. Die Aufnahme von 3446 Mitgliedern im dritten Quartal und der Mehrumsatz von rund 20 000 Beiträgen sind doch kein Pappentstiel. Das offizielle Organ des Innungsverbandes kommt ja selbst zu einer entgegengegesetzten Schlussfolgerung, als aus der Art der Glossierung der Agitationstouren anfänglich hervorgehen schien. Es weiß auch ganz gut, daß Mißerfolge nicht im Stande sein können, die Werbetätigkeit nur eine Stunde zu hemmen. Und noch mehr: Es ist ihm auch nicht unbekannt, daß die Unternehmer kein Mittel unversucht lassen, um die Gesellen

vom Versammlungsbesuch abzuhalten. Die „Güntersche Zeitung“ bemerkt auch: „Gänzlich verkehrt aber wäre es, daraus schließen zu wollen, daß der Verband an Macht und Einfluß zurückgegangen sei. Alle diese Versammlungen, auch solche, in denen keine Neuaufnahmen erzielt wurden, trugen dazu bei, die Ideen des Verbandes in ihren Ansichten zu festigen.“ Darin hat sie recht. Wir werden keine Stunde versäumen, um unsern Ideen in den Kreisen aller Kollegen Eingang zu verschaffen.

### Aus gegnerischen Organisationen.

**Ein Dokument christlichen Arbeiterberrates.** In Nr. 22 der österreichischen „Bäckerzeitung“ wird aus Graz über eine Streikbrecherheldentat der „christlichen“ Unternehmerföhllinge berichtet. In Graz besteht nämlich seit Jahren ein Tarifvertrag, vereinbart zwischen Verband und Unternehmerorganisation. Nun haben sich einige charakterlose Elemente gefunden, die im Interesse der Unternehmer die Zerpfitterung unter den Bäckergehilfen betrieben und eine sogenannte Ortsgruppe des christlichen Bäckerarbeiterverbandes errichteten. Weil aber die Brüder in Christo weder in der Tarifkommission noch im Gesellenauschuß vertreten sind, aber doch gern zeigen möchten, daß sie auch existieren, so bildeten die paar Männer einen Arbeitsvermittlungsausschuß. Den Bäckermeistern wurde die Einrichtung in einem Zirkular mitgeteilt, aus welchem wir, um das Ausgesicht der christlichen Jesuiten zu zeigen, die wichtigsten Stellen hier wiedergeben wollen:

„Unser Verband“ heißt es in dem gedruckten Bekenntnis, „hat den Zweck, unsere gegenseitigen Interessen wahrzunehmen und zu fördern und gegen den Terrorismus der roten Sozialdemokratie anzukämpfen, welcher auf uns Gehilfen (!) wie Meistern schwer lastet.“ Jetzt weiß man es also schwarz auf weiß: die christliche Organisation vertritt die Interessen der Meister und will insbesondere die „bösen Sozi“ bekämpfen, um die Meister von der „schweren Last“, worunter doch nur die von der roten Organisation erkämpften erträglicheren und menschenwürdigeren Arbeits- und Lohnverhältnisse zu verstehen sind, zu befreien.

„Die Arbeitsvermittlung“, heißt es weiter, „ist nun ein Hauptmittel hierzu, um unsern gemeinsamen Kampf erfolgreich führen zu können und in dieser Hinsicht treten die ergebenst Unterzeichneten an die Herren Bäckermeister heran, uns in diesem zu unterstützen und unsere Vermittlung gütigst in Anspruch nehmen zu wollen, beziehungsweise mit der genossenschaftlichen im Einverständnis zu arbeiten.“

Den Gipfelpunkt der Lumperei bilden aber folgende Sätze: „Von Vorteil ist diese Vermittlung für die Herren Meister aus deshalb, da die rote Gehilfenvertretung das Recht hat, sich in die genossenschaftlichen Gehilfenangelegenheiten dreinzumischen und diese in ihrem Sinne zu terrorisieren, hier niemand anders als nur unsere Vereinsmitglieder dazu ein Recht haben, während die Herren Meister auch zu unsern Versammlungen stets eingeladen und willkommen sind und ihre Wünsche und Anschauungen zum Ausdruck bringen und gewiß auch Berücksichtigung finden können.“

Wird den Unternehmern dieser Verrat an den Arbeiterinteressen aber wirklich aus dem berühmten „religiösen Gefühl“ heraus offeriert? Hierüber gibt das Zirkular einen sehr interessanten und bezeichnenden Aufschluß. Es heißt in ihm:

„Bei uns allen wird die innere Ueberzeugung geachtet, da sowohl jenen, welche ihrer religiösen Anschauung treu bleiben, ihren religiösen Uebungen unbehindert nachkommen können, solchen aber, welche einer freien, philosophisch-wissenschaftlichen Weltanschauung huldigen, wenn sie eine solche auf dem Wege wissenschaftlicher Ueberzeugung gewonnen haben sollten, nichts in den Weg gelegt wird.“

Die „Christlichen“ in Düsseldorf tragen sich mit dem Gedanken, eine schwarze Internationale zu errichten, hierzu würde sich am besten der Wahlpruch eignen:

„Christlich“ ist Mumpiß, alleiniger Grundsatz ist Arbeiterberrat!

### Polizei und Gerichte.

**Die Kakaokompanie Th. Reichardt in Wandsbek.** Diese Ueberschrift trug ein Sprechsaalartikel des „Hamburger Echo“ vom 2. Februar dieses Jahres, in welchem eine Reihe von angeblich im Betriebe der „Kakao“ eingerichteter Mißstände angeführt wurden. Der Verfasser der Einfindung war Kollege Lehmann, Vorsitzender unserer Hamburger Zählstelle, dem das Material zu seinen Behauptungen von Arbeitern des Betriebes zugegangen war. Er war zu der Veröffentlichung erst geschritten, nachdem ihm von verschiedenen Seiten die Nichtigkeit bestätigt wurde und er zu der Ueberzeugung kam, daß es im Interesse der dort beschäftigten Arbeiterschaft liege, wenn die Zustände geändert würden. Die „Kakao“ erhob Klage gegen Lehmann, und erwirkte damals sofort eine „einstweilige Verfügung“, daß bei einer Strafe von M 1200 der Artikel und die darin enthaltenen Behauptungen bis zur gerichtlichen Feststellung nicht weiter verbreitet werden dürften. Aus diesem Grunde konnten auch wir unsere Mitglieder bisher nicht näher von der Sache unterrichten.

Am 24. Oktober stand nun der Termin in dieser Angelegenheit vor dem Schöffengericht V in Hamburg an; als Amtsrichter fungierte Dr. Carlson. Als Kläger traten die Direktoren der „Kakao“, John und Billing, auf; sie hatten die Rechtsanwälte Dr. Jacobsen und Dr. Petersen, der Beklagte hatte Dr. Lürking zur Seite. Ein vom Amtsrichter vorgefälliger Vergleich wurde von den Parteien abgelehnt, und Lehmann erklärte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten zu wollen. Der Sprechsaalartikel, der zur Verlesung kam, lautete:

„Schon recht häufig hat sich das „Hamburger Echo“ mit den Zuständen in obigem Betriebe beschäftigt, doch wollen wir heute einmal einige interne Sachen der Offenheit vor Augen führen, in der Erwartung, daß uns die Betriebsleitung die Gelegenheit gibt, an Gerichtsstelle den Wahrheitsbeweis anzutreten. Denn es kann den Konsumenten der Reichardt-Kakao nicht einerlei sein, wie zum Teil die dort hergestellten Waren beschaffen sind;

hören wir nun, was uns von Leuten, die all diese Mißstände aus eigener Anschauung kennen, mitgeteilt wird: Im Preßkeller herrscht eine unheimliche Hitze, bis zu 41 Grad Celsius; wiederholt wurde der Abteilungsleiter darauf hingewiesen, daß es in dieser Atmosphäre nicht auszuhalten sei. Statt nun vernünftigerweise die Fenster zu öffnen, um so wenigstens etwas frische Luft in den lattenmattenähnlichen Raum gelangen zu lassen, wurde das Thermometer entfernt und von dem Bruder des Herrn Generaldirektors Neumann angeordnet, daß die Türen und Fenster geschlossen bleiben müssen. Daß bei der großen Hitze ohne weiteres der Schweiß der Beschäftigten unter und in die Ware kommt, dürfte auch jedem Laien klar sein. In diesem Raum sind nun die Leute gezwungen, zehn Stunden zu arbeiten. Vollständig erschöpft verlassen diese Leute des abends den Betrieb. Aber es kommt noch besser! In der unglaublichen Weise springt der Herr Generaldirektor mit seinen Leuten um; dafür ein Beispiel: Kurz vor Schluß der Arbeit darf niemand mehr die Klosetts aufsuchen. Als der Herr Generaldirektor doch einmal einen Arbeiter traf, schrie er im Betrieb herum: „Die Hunde werde ich noch mit Ketten an die Maschinen binden müssen — sie sollen sich die in die Hosen . . . .“ In dem Preßraum wie auch im Melangeursaal laufen große Scharen von Kakerlaken, und es kommt des öfteren vor, daß diese Tiere sowohl in die Schokolade wie auch in den Kakao kommen. Um an die oberen Teile der dort aufgestellten Kakaopressen zu gelangen, führt eine achttufige Trittleiter daran empor. Es ist nun unausbleiblich, daß beim Füllen der Töpfe etwas daneben fällt. Vereinzelt werden die Fußböden und Trittleitern nur des abends mit heißem Sodawasser. Statt nun vernünftigerweise dieses Aufwässern wegzugießen, kommt es in einen Bottich, und bleibt bis zum andern Tage stehen. Nach dem Erkalten wird dann die oben schwimmende Kruste von Kakaobutter abgenommen und aufbewahrt. Da nun in dieser „Butter“ auch andere Substanzen enthalten sind, wird diese nach kürzerer Zeit derartig dufend, daß von dem Geruch die Arbeiter an den Milchtrögen schlecht geworden sind; aber es dann noch fertig zu bekommen, dieses Zeug der Schokolade beizufügen, sollte man nicht für möglich halten. Im Kakao-Melangeur bleibt stets etwas Kakao liegen; dieser wird nun, da bei der dort herrschenden Hitze keine Zeit zur täglichen Reinigung bleibt, alle zwei bis drei Wochen einmal gereinigt. Diese Reste sind nun mit dem Schmieröl des Melangeurs vermischt. Herr Inspektor Heinrich wurde gefragt, was denn mit dieser Masse geschehen solle, worauf erwidert wurde: „Nehmen Sie es mit in den Melangeur, aber nicht auf einmal, sondern immer etwas, damit nicht alles auf einen Haufen kommt.“ Ein weiterer Fall zeigt uns, wie genau es dort mit der Reinlichkeit genommen wird. An der Walze, wo die Waffenschokolade verarbeitet wird, ist es vorgekommen, daß Schraubenmutter, Eisen, alte Feule, Bürsten, beschmutzte Taschentücher, Stiefelsohlen und anderes mehr in der Masse gefunden wurden. Statt nun, wenn derartige Sachen in der Masse enthalten waren, dieselbe erst warm zu machen und durch ein Sieb zu gießen, damit wenigstens diese Sachen daraus entfernt wurden, blieben sie darin, die Masse wurde verarbeitet und zum Versand gebracht. Es ist der Meister Lambrecht auf dieses aufmerksam gemacht worden, damit Aenderung geschaffen würde; aber gefehlt! Dem Arbeiter wurde erwidert: „Was Sie man immer zu quasseln haben; wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie auf den Boden gehen.“ Es ist den Arbeitern der Kakao-Fabrik bekannt, wer nach dem Boden kommt, sitzt in der Schwenge; bei der geringsten Kleinigkeit wird er dann aus dem Betrieb auch als Ueberzügler entlassen. So geht es denen, denen es nicht einerlei ist, was ihre Mitmenschen konsumieren müssen: Statt froh zu sein, daß die Mängel gemeldet und für Abhilfe gesorgt wird, droht ihnen dann die Entlassung aus den herrlichen Gefilden der Kakao-Kompanie. Wer ist nun an diesen Schneereien der Schuldige? Die Betriebsleitung oder die Arbeiter, die man als Hunde bezeichnet! Sollten denn diese Zustände der Wandsbeker Gewerbeinspektion nicht bekannt sein? Falls nicht, so möge sie diese genannten Räume einmal etwas genauer unter die Lupe nehmen; denn Zeit wird es. Aber bei der Gelegenheit wollen wir die so berühmte Humanität der Firma einmal etwas näher in Augenschein nehmen. Bei der Einstellung wird zunächst jeder Arbeiter gefragt, ob er einer Organisation angehöre; wird dieses bejaht, so ist für ihn kein Raum im Betriebe; er mag draußen verhungern. Was Wunder, wenn sie belogen werden. Nur um erst einmal Arbeit zu erhalten, sind viele gezwungen, entgegen ihrer ehrlichen Ueberzeugung auszusagen. Nach der neuerlichen Lohnerhöhung ist es nun einem Arbeiter nach zehn Jahren möglich, sage und schreibe 45 % pro Stunde verdienen zu können; wie es aber damit in der Praxis aussieht, das hat eine ganze Anzahl der dort längere Jahre Beschäftigten am eigenen Leibe erfahren; denn annähernd 50 Arbeiter sind dort in der letzten Zeit, angeblich wegen Arbeitsmangels, entlassen worden, also die mit den höheren Löhnen. Schon am andern Tage konnte man am Brett der Fabrik lesen, daß junge, kräftige Arbeiter gesucht werden. Daß dort hohe Löhne zu verdienen sind, beweist, daß es einem jungen Mann und seiner Frau zusammen möglich war, die Woche ganze M 28 zu verdienen. Aber daß man in diesen Zeiten noch Abzüge macht, namentlich wo dort ohnehin mit die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, sollte man nicht annehmen, aber die Kakao-Kompanie kann das; z. B. verdienen in der Sichterlei diejenigen, die die vier Maschinen mit bedienen, pro Woche M 1 extra; nach der neuen Lohnerhöhung wurde diese abgezogen, so daß diese Leute jetzt trotz der Zulage 40 % pro Woche weniger verdienen. Es dürfte wohl keinen Unternehmer geben, wie die „Kakao-Kompanie“ und auch keinen Gelehrten, der imstande ist, etwas zu behaupten, wie es die „Kakao-Kompanie“ fertig bringt, indem sie ihren Leuten erklärt, daß sie an jedem Arbeiter pro Stunde 6 % und an jeder weiblichen Arbeitskraft 3 % pro Stunde zu setzen muß. Wie dieses möglich ist, das allerdings ist noch Geheimnis der Fabrikleitung. Unsere Leser aber mögen es sich einmal überlegen, wenn von dieser Firma behauptet wird: Reichardt-Kakao ist der billigste, der ergiebigste, der wirtschaftlichste, der geschmackreichste, der sparsamste, der feinste, der bestmögliche, der nahrhafteste, der genießbarste. Doch für heute wollen wir es genug sein lassen und freuen

wir uns schon heute darauf, mit der Firma an anderer Stelle einmal in nähere Fühlung treten zu können; wir werden dann sicher noch mit weit mehr Material aufwarten."

Nachdem Lehmann erklärt hatte, daß er sich genau erkundigt habe, ob die ihm gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen, mußte er dem Vorsitzenden auf dessen Frage auseinanderlegen, warum er es nicht für zweckmäßig hielt, sich mit Beschwerden an die Gewerbeinspektion zu wenden. Ferner legte der Amtsrichter anscheinend großen Wert darauf, zu erfahren, wie die Betriebsversammlungen zustande kommen. Es wurde ihm klar gemacht, daß öffentliche Versammlungen für die Arbeiterschaft der „Kakao“ immer gefährlich waren, da die Besucher, welche irgendetwas verlauten ließen, stets gemahngelt wurden. Rechtsanwält Jakobson meinte hierzu, daß die Betriebsleitung nichts dagegen habe, wenn sich die Leute organisieren — nur gegen den sozialdemokratischen Verband ginge sie vor! Damit sagte uns der Herr nichts Neues — hat sie doch schon einmal einem Häuptling der gelben Bäckergesellen die Fabrikpforten zur Besichtigung geöffnet und sich von ihm ein Sauberkeitsattest ausstellen lassen! Der Rechtsanwalt Dr. Türkheim wollte aber zunächst wissen, weshalb gerade die Herren Billing und John hier als Kläger auftreten, welche in dem Artikel gar nicht genannt sind und an die der Beklagte gar nicht gedacht habe, während der Kläger beschuldigte Herr Neumann nicht in der Lage. Dr. Jakobson erwiderte, Herr Neumann rege sich wegen sozialdemokratischer Angriffe nicht auf. Die Herren John und Billing seien in leitender Stellung und der ganze Betrieb wäre angegriffen worden, insofern wären sie also zur Klagestellung befugt. Dieser Erbabenheit des Herrn Neumann über „sozialdemokratische“ Angriffe ist es also zu danken, daß die schweren Anschuldigungen gegen seine Person bei der Verhandlung völlig ausblieben!

Dr. Jakobson wendete sich vor Eintritt in die Beweisaufnahme noch gegen die Vereidigung der Zeugen des Beklagten, weil diese als Mittäter in Frage kämen. Sie hätten ihre Angaben nur Lehmann gemacht, damit dieser sie veröffentlichen solle. Es wurde also versucht, nur die Zeugen der Betriebsleitung zum Eide zuzulassen und alle andern von vornherein unglaublich zu machen. Dr. Türkheim erklärte hierzu, daß dann die ganze Verhandlung nur eine Komödie wäre. Die Zeugen Lehmanns wurden aber zunächst doch nicht vereidigt, der Gerichtshof beschloß jedoch am Ende der Beweisaufnahme, dieses nachzuholen.

In der Beweisaufnahme wurde zuerst der Arbeiter J. vernommen. Er war vier Jahre im Betrieb — bis Januar dieses Jahres — und er führt seine Entlassung darauf zurück, daß er in den Verband eintrat und Versammlungen besucht hatte. In den öffentlichen Versammlungen habe man sich mit den Lohnverhältnissen beschäftigt, die Beschwerden über die inneren Zustände im Betriebe seien in einer geschlossenen Sitzung vorgebracht worden. Es sei gesagt worden, so könne es nicht mehr weiter gehen. Man habe sich auch von der Rücksicht auf das Publikum leiten lassen. Er selbst habe an einem Melangeur und an einem Mischstuhl gearbeitet. Nachdem er mehrere Monate im ersten Jahre seines Dorfsseins am Melangeur gearbeitet habe, hätte er bemerkt, daß durch die Lücke zwischen dem Tellerrand und der oben überstehenden Einfassung ein Teil der zu verarbeitenden Masse durchfiel. Die Lücke wäre infolge der Abschleifung bei der Drehung des Melangeurs bis einen Finger breit geworden. Der Maschine sei zu viel abverlangt worden und sie hätte öfter repariert werden müssen. Die Masse wäre also in den mit Eisenblech verkleideten Raum unter dem Melangeur auf den Fußboden gefallen und dort mit dem abtropfenden Öl und der Maschinenschmiere von den Zahnrädern usw. verunreinigt worden. Das erstmal habe er drei bis vier Kapseln (zirka zwei Zentner) dort hervorgeholt, später aber öfter nachgesehen und kleinere Posten zusammengetragen. Auf seine Frage an den Inspektor Heinrich, was mit dieser Masse werden solle, habe dieser ihn angewiesen, diese verschmutzte Masse zu weiteren Verwendung in die Abfallschokolade zu geben. Diese Abfallschokolade wurde, wie die weitere Verhandlung ergab, aus solchen Kakaoresten hergestellt, die nicht ganz von den Schalen zu reinigen sind. Ob an den andern Melangeuren in gleicher Weise verfahren wurde, wisse er nicht. Zuletzt habe er die Sache nicht mehr mitmachen wollen, und da habe man ihn an eine andere Arbeit gestellt. Ferner bezeugte der Zeuge, daß im Presserzimmer das Wasser, mit welchem aufgewaschen wurde, in einem Kübel gesammelt werden mußte. Die Kakaobutter, die sich dann oben absetzte, hätte abgeschöpft werden müssen; sie wäre dann der „Abfallbutter“ zugefügt worden. Welche Verwendung diese Butter gefunden habe, konnte er nicht ausagen. Inspektor Heinrich erklärte zu dieser Anschuldigung, die Butter hätte abgeschöpft werden müssen, um zu verhindern, daß die Sietrohre sich verstopfen. In die Abfallbutter sei nur die Tropfbutter von den Pressen gekommen. Er habe ferner niemals die Anweisung gegeben, daß die beschmutzte Masse, die unter dem Melangeur gelegen habe, wieder verwendet werde; man habe ihm nichts von solcher Masse gesagt.

Zeuge J. bezeugte nochmals, daß er zu Heinrich gesagt habe: „Ich habe den Melangeur rein gemacht, was soll mit der Masse werden?“ Der Inspektor erwiderte nun: „Ich halte es für unmöglich, das glaube ich nicht, ich möchte es für unmöglich halten, daß ich das gesagt habe.“

Hierauf wurde Obergeringenieur Urban, technischer Aufsichtsbeamter der Nahrungsmittelberufsgenossenschaft, der von der Betriebsleitung aus Dresden hergezitiert worden war, um über den Betrieb ein Gutachten abzugeben, vernommen. Er hat zwei Revisionen — 1903 und 1908 — ausgeführt. Der Vorsitzende fragte ihn, ob es für möglich halte, daß Schweiß auf die Weise, wie in dem Artikel behauptet, in die Ware kommen könne. Der Herr Obergeringenieur glaubt das nicht. Er habe von dem Betrieb nur den besten Eindruck erhalten und er empfehle seinen Freunden stets die Ware die er in der Fabrik. Der Presserraum wäre in keiner Weise zu bestanden. Möglich wäre es aber, daß dort einmal 41 Grad Celsius Hitze geherrscht habe. In andern Betrieben seien die Einrichtungen nicht so gute. Unter dem Melangeur hätten unmöglich zwei Zentner Ware liegen können. Das ein Spalt sich bilden und Masse durchfallen könne, sei zuzugeben.

Zeuge N., im Betriebe von Mai vorigen Jahres bis Mai dieses Jahres beschäftigt gewesen, hat noch selber eine Klage mit der Firma wegen Ausstellung eines andern Zeugnisses auszusechten. Er war meist im Presserzimmer beschäftigt und wurde auf Grund des Artikels entlassen, weil er schon damals, der Betriebsleitung gegenübergestellt, behauptet hatte, daß die Angabe, die Arbeiter schwitzen so stark, daß der Schweiß in den Kakao tropfen müsse, auf Wahrheit beruhe. Er sagte aus, daß die Fenster im Presserzimmer auf Anordnung des Maschinenmeisters Neumann nicht aufgemacht werden durften, obgleich auch der Pressermeister Hoffmann sie manchmal offenhalten wollte. Neumann soll einmal gesagt haben: „Ich werde dafür sorgen, daß die Leute ordentlich schwitzen.“ Mitunter hätten es die Arbeiter aber nicht mehr aushalten können und die Fenster doch wieder geöffnet. Von ihm selber sei auch der Schweiß auf die Presserflächen getropft. Dies ließe sich nicht vermeiden; denn sie hätten sich bei den Hantierungen nicht abwischen können. Der Pressermeister hätte nach Meinung des Zeugen wissen müssen, daß der Schweiß hinein kommen müßte.

Als von Seiten der Betriebsleitung hierzu geäußert wurde, daß Schweißtücher genügend vorhanden gewesen wären, erwiderte Zeuge N., daß diese Tücher früher nur zum Abwischen der Maschinen und zum Anfasen der heißen Maschinenteile verwendet werden durften, aber durchaus nicht zum Abwischen des eigenen Schweißes. Hierauf meinte der klägerische Anwalt, die Betriebsleitung habe doch vorausgesetzt, daß sich die Arbeiter von den ihnen überwiesenen Tüchern eins zum Schweißabwischen reservierten. N. bestritt nochmals, daß dies angängig gewesen sei.

Vor der weiteren Verhandlung fand eine Fabrikbesichtigung statt und wurde dann dort die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Zeuge J. war in der Fabrik vom 13. August 1908 bis zum 9. Dezember 1909 größtenteils im Walzenraum, aber auch auf dem Boden beschäftigt. Er hatte meistens an sogenannten Autos — den Maschinen zur Herstellung der Abfallschokolade — zu tun. Er sagte aus, daß er zwischen der Masse einmal ein Scheuertuch, Schraubenmutter, Knöpfe, Holzstücke, ein Stück Sohlenleder, ein Rehnspennigstück, eine zermahlene Scheuerbürste gefunden habe. Der Vorsitzende fragte den Zeugen, wie auch schon vorher die andern, inwiefern aber der angegriffenen Betriebsleitung ein Vorwurf daraus gemacht werden könne, wenn Scheuerbürsten, Schraubenmutter usw. in die Masse hineinkämen. J. wurde noch von dem Rechtsanwalt Dr. Peterßen in ein merkwürdiges Kreuzverhör genommen; er wurde gefragt, ob er vom Verband in den Betrieb hineindirigiert worden sei. Als der Zeuge dies verneinte, sollte er beantworten, ob der Verband ihm den Auftrag gegeben habe, über Betriebsvorkommnisse zu berichten und ob er sich nicht selber gerühmt habe, er habe schon einmal den Berichterstatter gemacht. Der Zeuge bezeugte darauf, daß er gar nicht im Verband gewesen sei, keine der in Frage kommenden Versammlungen besucht habe und überhaupt erst seit August dieses Jahres Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes wäre.

Die Verhandlungen, die am Donnerstag, 27. Oktober, fortgesetzt wurden, begannen mit der weiteren Vernehmung des Zeugen J. Als er den Meister Lambrecht gefragt habe, was mit der Masse in der die zermahlene Scheuerbürste gefunden worden war, geschehen solle, habe dieser gesagt, er solle die 16 Kisten (zirka zehn Zentner) beiseite stellen. Vier Kisten wären dann in der Abfallmasse wieder mit verarbeitet worden. Auch eine Schirmmütze sei einmal in der Mischung gefunden worden. In den Vorkommnissen wären nach seiner Ansicht die Meister schuld.

Nach diesen gravierenden Befundungen wurde erst der von der Betriebsleitung geladene Zeuge Professor Dr. Schmidt, beidseitig Handelschemiker, vernommen. Er kenne den Betrieb schon seit Jahren, habe Proben gezogen, neue Einfüllungen der Firma begutachtet usw. Mit dem „Ech“-artikel stimme er nicht überein; er halte den Betrieb in bezug auf Sauberkeit vorbildlich. Kakerlaken (Schwaben) habe er allerdings gesehen; man finde sie auch in andern Betrieben und man könne sie wohl beschränken, aber nicht ganz beseitigen! Der Zustand im Presserzimmer sei nicht so gewesen, daß Schweiß habe in die Masse fallen müssen. Ausgeschlossen halte er, daß die Butter von dem Aufwaschwasser wieder verwendet worden sei; aber wenn es nach einer Reinigung geschehen wäre, so sei es zu verteidigen, weil Butter keine fremden Stoffe annehme. Auch die Verwendung der beschmutzten Masse von den Melangeuren halte er für ausgeschlossen; wenn dies geschehen sei, müsse er es mißbilligen. Vor der Verunreinigung durch die Leute selber allerdings könne sich keine Betriebsleitung schützen; ebenso wenig, wie es in einem sauberen Haushalt zu verhindern wäre, wenn ein Dienstmote in die Suppe spucke.

Drechslermeister Girsch, Vorsitzender des Hamburger Gewerbevereins und Mitglied der Hamburger Bürgererschaft (Stadterdormeter), hat eine acht Tage vorher angemeldete Besichtigung des Betriebes mit mehreren Herren vorgenommen und alles in peinlicher Sauberkeit gefunden.

Als nächster Zeuge tritt Meister Lambrecht auf. Er gibt zu, daß Zeuge J. ihm einmal Holzstücke gezeigt hat, die in der Masse gefunden worden wären. Es wäre nicht zu konstatieren gewesen, wo das Holz herührte. Daß es sich um eine Scheuerbürste gehandelt habe, hätte er nicht gewußt; es sei ihm auch nicht mitgeteilt worden. Die Masse wäre durchgeseiht und dann erst verarbeitet worden. Daß vier Kisten ohne weiteres verwendet worden wären, sei nicht wahr. Von den andern Gegenständen, die gefunden worden sein sollen, wisse er nur von Eisenteilen etwas. Sohlenleder könne unmöglich in die Masse kommen. Auf eine Frage des Verteidigers gibt er zu, daß es nicht unmöglich sei, daß ein Stück Riemenleder hineinkommen könne. Zeuge J. habe oft etwas gefunden, während ihm andere selten etwas gemeldet hätten.

Zeuge F. Er wurde aus dem Betriebe „hinausgeschmissen“, weil er in einer Versammlung war. Gearbeitet hat er an einem Melangeur und an den Walzwerken. Er und ein anderer Arbeiter haben einmal vom Meister Schröter den Auftrag erhalten, den Raum unter

dem Melangeur zu reinigen und man habe da zwei bis drei Kapseln Masse gefunden. Er habe gefragt: „Wo kommt denn der Mist hin?“ Es sei ihm seines Erinnerns gesagt worden, sie sollten in den Nebenraum kommen und „Siemens“ darauf geschrieben werden. Ein Arbeiter namens Joseph Engler, habe die Masse geholt und sie sei dann mit verarbeitet worden. Im Presserzimmer sei es sehr wohl möglich, daß der Schweiß in die Kakaomasse falle; denn mit den schmutzigen Händen könne man sich das Gesicht nicht abwischen und so oft könne man die Hände nicht waschen. Das Taschentuch könne man auch nicht immer herausziehen.

Zeuge M. ist bei seiner Entlassung nichts Bestimmtes gesagt worden; er schreibe sie auch seinem Versammlungsbesuche zu. Er war von 1905 bis 1910 im Betriebe. Im Presserzimmer hätten sich die Arbeiter selbst ein Thermometer angefaßt. Im Winter habe man bei 37 Grad Celsius im Raum angeordnet, daß die Fenster geschlossen werden sollten; wenn es nicht geschehen sei, habe der Vorarbeiter Hoffmann geschimpft. Wenn die Arbeiter die acht Töpfe in die Presse einzusetzen hätten, so wäre ihnen schon beim dritten Topf der Schweiß hervorgebrochen. Ob von seinem eigenen Schweiß etwas in die Masse gekommen sei, könne er nicht genau behaupten.

Zeuge L. war zwei Jahre im Betriebe. Er bestätigt die Hitze im Presserzimmer und konnte zuletzt die Wärme nicht mehr aushalten; er ist selbst gegangen. Es sei von Hoffmann verboten worden, die Fenster zu öffnen; es wäre überhaupt zu wenig Luft dort. Ihm selbst sei der Schweiß in die Masse gelaufen, Hoffmann habe es auch ihm verboten, sich mit den Tüchern abzuwischen; sie wären nur zu dem Abwischen der Maschinen zu verwenden gewesen.

Arbeiterin G. wird darüber vernommen, ob sie Kakerlaken im Betriebe gesehen habe. Sie erklärt, beim Verpacken einmal eine solche in der Schokolade gefunden zu haben.

Plätterin K., gleichfalls früher im Betriebe und freiwillig ausgeschieden, weil sie mehr verdienen wollte, bezeugt, daß es ziemlich viel Kakerlaken im Packraum unter den Dampftröhen gab. In einem Stück Niegelschokolade habe sie auch einmal Besenhaare gefunden.

Zeuge M., noch im Betriebe und dort bereits über fünf Jahre. Es sei auch das Wasser, mit welchem der Fußboden aufgewaschen wurde, abgeschöpft worden. Das sei vor zwei Jahren zirka acht Wochen lang geschehen und der Kübel mit der Butter in die Wärmekammer gesetzt worden. Was dann weiter mit ihr geschehen sei, könne er nicht sagen. Die Anordnung hätte Inspektor Heinrich getroffen.

Auch der Bäcker L., der acht Tage vor Weihnachten entlassen wurde, weil er, wie Inspektor Heinrich ihm gesagt habe, nicht mehr die Arbeitsfreudigkeit besitze — er war in einer Versammlung gewesen! — bezeugt, daß die Butter von dem Abwaschwasser auf Heinrichs Anordnung wieder abgeschöpft wurde. L. war zweiter Presserführer. Die Butter kam nach den Mischtrögen; die Leute hätten sie selbst nach dort abgeholt. Er hätte mit den Leuten an den Mischtrögen auch selber darüber gesprochen.

Zeuge S., jetzt Straßenbahner, gibt zu, daß an den Melangeuren, an denen er vier Jahre beschäftigt war, Masse auf den Boden gefallen wäre und in Kapseln wieder gesammelt wurde. Was damit geschehen sei, wisse er nicht genau. Der schmutzige Rest, der direkt auf dem Boden gelegen habe, sei weggeworfen worden, daß obere sei aber in Kapseln gesammelt worden.

Ein Vertreter der Fabrik sagt aus, daß die von den Kübeln abgeschöppte Butter eine Seifenfabrik erhalten habe.

Zeuge Sch. war ein Jahr in der Mästerei und Sichterei beschäftigt. Er hatte die Aufgabe, alle Fremdkörper aus dem Kakao herauszulesen. Der von dem Fußboden aufgefegte Staub (Fegsel) wäre gesammelt worden und lange Zeit stehen geblieben, und wurde dann nach der Reinigung bearbeitet.

Dem Zeugen Unruh, Obermeister des Betriebes, ist nicht bekannt, daß im Presserraum die Fenster stets hätten geschlossen bleiben sollen; der Schweiß brauche nicht auf die Masse zu fallen. Die Fenster müßten nur geschlossen werden, wenn die Temperatur unter 32 Grad sinke. 18 bis 20 Tücher bekämen die Leute jeden Tag; er halte es für selbstverständlich, daß sich jeder eins zum Schweißabwischen reserviere.

Rechtsanwalt Dr. Türkheim fragt diesen Zeugen, wann es den Leuten gesagt worden wäre, daß sie sich ein Tuch reservieren könnten. Der Zeuge kann hierüber nichts bezeugen. In bezug auf die schmutzige Butter ist Unruh nur bekannt, daß sie nach dem Abschöpfen verbrannt wurde. Er selbst habe einmal angeregt, daß sie an Seifenfabriken verkauft werde. Ein Stück Eisen, das Unruh gefunden, sei sicher absichtlich in die Masse geworfen worden.

Der Zeuge Hoffmann, seit 1900 Presserführer, erklärt, er habe nicht verboten, bei zu großer Hitze die Fenster zu öffnen. Vom Hineinfallen des Schweißes in den Kakao weiß er gar nichts. Auch früher sei es nicht verboten gewesen, die Tücher zum Schweißabwischen zu reservieren.

Der Verteidiger, Dr. Türkheim, meint, daß vielleicht der Maschinenmeister mit dem Dampf habe sparen wollen (Kohlen sparen!) und deshalb wäre jedenfalls darauf gedrungen worden, die Fenster immer geschlossen zu halten. Bei genügender Dampfzufuhr müßten die Pressen wohl warm genug gehalten werden können und die Leute doch frische Luft bekommen.

Inspektor Heinrich behauptet nochmals, daß die von dem Scheuerwasser abgeschöpfte Butter nicht mit der andern vermischt worden wäre. In bezug auf die Aussage des Zeugen M. weist er darauf hin, daß die Bestimmung bestes, Fegsel müsse verbrannt werden. Dasselbe sei stets in besondere Kübel mit Aufschrift geschüttet worden. Die Unreinigkeiten im Kakao, die auf dem Transport mit hineinkommen, würden auf das sorgfältigste in der Fabrik ausgesucht, Eisenteile mit Magneten herausgezogen usw. Ein Abschöpfen des Scheuerwassers sei nur einmal geschehen, als der Betriebschemiker durch Versuche den Fettgehalt feststellen wollte.

Betriebschemiker Hansen bestätigt diese Aussage. Er habe an einigen Tagen angeordnet, die Butter zu sammeln, weil er Versuche anstellen wollte, ob sie zu technischen Zwecken Verwendung finden könne. Es kämen jeden Tag nur einige Pfund in Frage. Sonst sei das Scheuerwasser

immer weggeoffen worden. Vielleicht wäre von den Leuten seine Anordnung falsch verstanden und die Butter längere Zeit angeammelt worden.

Zeuge Carstens, Werkmeister in der Pulverisierungsabteilung bekundet: Nur das Pulver, das direkt bei der Fabrikation an den Maschinen hinunterfällt sowie der in den Erhästern zurückbleibende Rest wird wieder aufgenommen und nur dieses „Fegsel“ werde gereinigt und komme dann im Kakaofall (in Paketen) mit zum Verkauf. Dieser Aussage gegenüber bleibt aber der Zeuge Sch. dabei, daß auch andere Fegsel, nachdem es ausgefacht, verwendet wurde und oft viele Wochen sich angeammelt habe.

Zeuge Schröder, Meister im Melangeurraum: Es ist ihm nicht bekannt, daß die Masse, die unter den Melangeuren lag, wieder verwendet wurde — auf den Fall, den der erste Zeuge S. schilderte, könne er sich nicht mehr befinden. Was vorbeiläuft, werde weggeworfen — er weiß es überhaupt nicht anders.

Zwei weitere Schokoladenmeister des Betriebes wissen nichts davon, daß Zeuge S. die Masse unter dem Melangeur hervorgeholt habe. Zeuge Emmerich, auch noch in der Fabrik tätig, bringt die politische Gesinnung des Zeugen S. zur Debatte. Letzterer habe mit ihm über die Sozialdemokratie gesprochen und gesagt, er selber gehöre nicht zu ihr, aber sympathisiere mit derselben. Nicht für umsonst wäre er schon Berichterstatter gewesen und wolle dafür sorgen, daß etwas in die Öffentlichkeit kommt.

Zeuge Se. erklärt hierauf auf das bestimmteste, daß Emmerich das ganze Gespräch gerade umgekehrt wieder gegeben habe; nicht er, sondern jener habe sich gerühmt, schon den Berichterstatter gemacht zu haben. — Nachdem noch ein anderer Chemiker der Firma ein Lob ausgestellt hat, wird der Gewerberat Dr. Spruck-Wandbeke als Zeuge und als Sachverständiger benommen. Er habe auch auf die Sauberkeit der Betriebe bei seinen Revisionen zu achten, und bei der Reichardt-Kompanie in dieser Beziehung alles in Ordnung gefunden. Nachdem der Artikel im „Echo“ erschienen war, habe er den Presserraum besonders geprüft und dort 32 bis 37 Grad Wärme gemessen. Beschwerden der Arbeiter wären niemals bei ihm erhoben worden. Er habe nach den Angriffen für die Firma ein Zeugnis ausgestellt. (Was selbstverständlich von dieser sofort zu einer großen Klame benutzt wurde! D. R.)

Die Kläger hatten noch beantragt, Dr. Westphal vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als Sachverständigen darüber zu hören, aus welchen Motiven heraus die Angriffe gegen die Firma erfolgt wären. Das Gericht lehnte aber auf Antrag Dr. Lürkheims diesen Antrag ab, da Dr. W. mit der Sache ja absolut nichts zu tun habe.

Dafür vernahm man noch einen Dr. Vogt, Lehrer im Kolonialamt, der mit seinen Schülern einstmals eine angelegentlich Besichtigung des Betriebes vorgenommen hat, und dabei alles in Ordnung fand. — Dann wurde auf die weitere Zeugenvernehmung verzichtet.

Dr. Jakobsen versuchte nun noch einmal, die Nichtbereidigung der Zeugen des Angeklagten durchzusetzen, hatte aber, wie schon gesagt, keinen Erfolg. Hierauf wollte Dr. Peterßen, wie auch schon am ersten Tage, nochmals beweisen, daß der Verband eine sozialdemokratische Organisation ist und der Artikel von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden müsse. Der Angeklagte und sein Verteidiger traten ihm in längeren Ausführungen entgegen, bis der Vorsitzende entschied, daß das Gericht die politischen Ansichten der Parteien nichts angingen.

Vor der dann erfolgenden Nachbereidigung der Entlastungszeugen Lehmanns wies Zeuge N. noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß Inspektor Heinrich selber die Leute frage, ob sie die Hitze im Pressfeller betragen, und einem Arbeiter sei auch schon einmal andere Arbeit angetragen worden, weil er es nicht ausgehalten hätte.

Es folgten dann die Plädoyers.

Dr. Jakobsen führte unter anderem aus: Die Tendenz des Artikels sei klar. Warum sei der Beklagte nicht an die Betriebsleitung herantreten? Bereits vor fünf Jahren wäre der Metallarbeiterverband mit einem Schreiben an die Betriebsleitung gekommen, des Inhalts, man werde angebliche Mißstände an das Tageslicht bringen, wenn die Organisation nicht anerkannt werde. Die Angriffe seien fortgesetzt worden, weil die Betriebsleitung die sozialdemokratische Gewerkschaft nicht gelitten habe. Dann sei der Bäckerverband aufgetaucht. Weil der Angestellte Lehmann glaubt, seiner Organisation eine große Anzahl Mitglieder zuführen zu können, deshalb habe er den Betrieb angegriffen! Es sei auch nicht die Spur eines Beweises dafür erbracht worden, daß die Betriebsleitung eine Schuld treffe oder ihr ein Vorwurf zu machen wäre. Typisch für die Beweisführung des Beklagten sei die Geschichte mit dem Katerlaken, der nach Ansicht der Betriebsleitung wahrscheinlich mit Absicht in die Ware hineingekommen ist. Die Angriffe müsse er als frivol bezeichnen. In bezug auf die Kakaobutter sei durch keinen Zeugen festgestellt worden, daß die Butter von dem Scheuerwasser wieder Verwendung gefunden habe — es sei dagegen festgestellt, daß diese auf die Kohlen geschüttet worden wäre. Als einmal der Chemiker Hansen eine andere Anweisung gegeben hätte, scheine diese falsch verstanden zu sein. Daß die Schokoladenmasse unter dem Melangeur nicht wieder verwendet wurde, wäre durch das Zeugnis des Inspektors Heinrich bewiesen. Wenn wirklich in der Schokolade an den Walzen allerlei Sachen gefunden worden sind, wie Scheuerlappen usw., so könne der Betriebsleitung auch kein Vorwurf gemacht werden; er bezweifle aber überhaupt die Glaubwürdigkeit des Zeugen, der diese Angaben machte. Auch bezüglich des Schweißes, der in die Kakaomasse getropft sein soll, wären nur die Arbeiter selber schuld; einem sorgfältigen Arbeiter brauche es nicht zu passieren. Ein Zeuge habe auf ihn selber einen unsauberen Eindruck gemacht. Die Betriebsleitung habe mit aller Energie darauf gesehen, daß die größte Sauberkeit herrsche. Auch Fegsel sei niemals in der behaupteten Weise verwendet worden. In dieser Art widerlegte Dr. Jakobsen alle Zeugen, die den Betrieb belastet hatten und behauptete, der Wahrheitsbeweis wäre in keinem Falle gelungen. Bei der Ausmessung des Strafmaßes müsse beachtet werden, daß die „Kakao“ bedroht werden sollte, um sie zu zwingen, die Organisation anzuerkennen. Die Strafe könne nur eine hohe sein.

Dr. Peterßen: Der Angeklagte habe ausgeführt, daß er den Arbeitern helfen wollte. Den Arbeitern wäre aber nicht

geholfen worden — im Gegenteil —, wenn der Betrieb Schaden erlitten hätte, wie es der Angeklagte doch erreichen wollte, so hätten auch die Arbeiter Schaden gehabt. Lehmann hätte die Angaben näher prüfen müssen — er habe aber mit Absicht nicht näher geprüft, um nicht zu finden, daß die beabsichtigten Anklagen haltlos waren. Sein ganzes Verfahren sei ein struppelloses, besonders deshalb, weil die Leser des „Echo“ Tendenzleser wären. Die Absicht der Wahrung berechtigter Interessen müsse ihm abgesprochen werden, und bei der Strafmessung wolle man berücksichtigen, daß der Angeklagte aus eigener Initiative stark verallgemeinert hätte. Es handele sich hier nicht darum, daß jemand einmal im Kampfe ein scharfes Wort habe fallen lassen, sondern hier liege Absicht vor.

Der Verteidiger Lehmanns wies zuerst den Vorwurf der Feindschaft gegen ihn zurück; der Angeklagte sei vielleicht etwas unvorsichtig in seinen Ausdrücken gewesen, weil er nicht das Glück gehabt habe, so gute Schulbildung zu genießen wie z. B. die Anwälte usw. Aber unvorsichtig seien diese auch mitunter; z. B. habe Dr. Jakobsen davon gesprochen, daß der Verband der Bäcker und Konditoren jetzt plötzlich aufgetaucht sei und dabei bestehe dieser schon volle 25 Jahre! Auch die klägerischen Anwälte hätten sich auf zugezogenes Material berufen. Warum man die ganze Sache unbedingt auf politisches Gebiet ziehen wolle, sei klar. Hier fänden sich zwei Herren beleidigt, die gar nicht angegriffen worden sind, während der in einem Punkte wirklich Angegriffene — der frühere Generaldirektor Neumann — im Hintergrund weibe. Das sei bezeichnend. Es wäre also erst festzustellen, wer eigentlich die Betriebsleitung sei. In dem Artikel habe aber der Angeklagte gerade die Frage nach dem eigentlich Schuldigen an den Mißständen immer noch offen gelassen, und der Betriebsleitung sei gar kein direkter Vorwurf gemacht worden. In bezug auf die einzelnen Punkte wurde erwiesen die Hitze im dem Pressfeller; denn bei dem Lokaltarmin im Betriebe habe ein Zeuge ausgesagt, daß er einmal mit dem Thermometer 47 Grad gemessen hat. Da müsse doch jeder Mensch schweigen. Auch die andern Behauptungen des Artikels seien durch die Zeugen bestätigt. Der Gegenzeuge Heinrich habe nur immer gesagt: „Ich weiß nicht!“ Einer der Zeugen hatte auf den Dr. Jakobsen einen unsauberen Eindruck gemacht; er müsse dagegen sagen, daß er diesen Eindruck durchaus nicht gewann. Dieser Zeuge sei doch auch längere Zeit im Betriebe tätig gewesen. Zeuge Sch. habe wiederholt ausgesagt, daß er schon von seinem Vorgänger die geschilderte Behandlung des Fegsels übernommen hat, und zugegeben hätten auch die Zeugen der Betriebsleitung, daß besserer Fegsel wieder als Genußmittel verwendet werde. Wenn man also ohne Voreingenommenheit urteile, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen: der Wahrheitsbeweis für die aufgestellten Behauptungen ist erbracht! Daß der Angeklagte scharfe Ausdrücke angewendet, könne man ihm nicht anrechnen. Jedenfalls hätte er es für seine sittliche Pflicht gehalten, das ihm zugelegene Material, das er sorgfältig nachprüfte, zu verarbeiten. Er hat ja auch erreicht, daß es jetzt besser geworden ist. Die Wahrung berechtigter Interessen müsse ihm unbedingt zugute gehalten werden.

Der Rechtsanwalt Jakobsen wendete noch ein, der Fegsel sei nur als Abfall, nicht als Schokolade zur Verwendung gekommen, und der Herr Neumann stände, wie schon eingangs ausgeführt worden sei, zu hoch, um sich durch solche Angriffe beleidigt zu fühlen.

#### Das Urteil.

Nach einstündigen Beratung verkündet das Gericht das auf M. 1200 oder sechs Monate Gefängnis lautende Urteil. Außerdem soll die Urteils publikation im „Hamburger Echo“, „Hamburger Fremdenblatt“, „Hamburger Nachrichten“, „Hamb. Correspondent“ und „Hamb. Neuzeit Nachrichten“ erfolgen. Ferner soll der Beklagte sämtliche Kosten tragen. In der längeren Urteilsbegründung führt der Vorsitzende aus, der Artikel müsse auf jeden Leser den Eindruck machen, als herrschten in dem klägerischen Betriebe derart schlechte Zustände, die den Genuß der Erzeugnisse nicht empfehlenswert machten. Unparteiische Zeugen hätten aber ausgesagt, es herrschten dort musterzügliche Zustände. Der Wahrheitsbeweis sei also mißglückt, wie das Gericht sich selbst überzeugt habe. Es sei nichts zum Empfang zurechtgemacht worden, ein Beweis, daß die Zustände dort gute seien. Der Angeklagte habe sich von der Absicht leiten lassen, seiner Organisation Eingang in den Betrieb zu verschaffen, und als ihm dies mißglücke, habe er sich mißvergnügt und entlassene Arbeiter kommen lassen, deren Beschwerden er entgegengenommen habe. Es handle sich hierbei um Dinge, die zum Teil Jahre zurücklägen. Der Artikel erwecke aber den Eindruck, als wenn die geschilderten Dinge noch jetzt existierten. Was aus der vom Scheuerwasser abgeschöpften Butter geworden sei, habe niemand auszusagen vermocht, wahrscheinlich sei sie zu chemischen Zwecken verwendet worden. Die Vermutung liege nahe, daß nach diesen Versuchen, die wohl acht bis zwölf Wochen gedauert haben können, keine Butter mehr abgeschöpft worden sei. Bezüglich der Abfälle beim Melangeur sei ebenfalls nicht erwiesen, wohin sie gekommen seien. Die Sache könne dahingestellt bleiben. Die Geschäftsführer könnten aber nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn ein verhältnismäßig untergeordneter Angestellter (Inspektor Heinrich, Dr. Ref.) verkehrte Anordnungen treffe; den Direktoren könne kein Vorwurf daraus gemacht werden. Auch diese Fälle lägen Jahre zurück. Hinsichtlich der Vorgänge an der Walze liege die Vermutung nahe, daß Sohlenstücke, Lappen, Scheuerbürsten usw. von böswilliger Hand in die Kakaomasse geworfen worden seien. Auch diese Fälle lägen Jahre zurück. Besser wäre es gewesen, wenn die ganze Kakaomasse nicht wieder verwendet worden wäre; aber auch hieraus könne ein Vorwurf gegen die Betriebsleitung nicht hergeleitet werden. Was das Fegsel anlangt, so sei diese Anordnung von höheren Vorgesetzten nicht getroffen worden. Daß im Pressraum „notgedrungen“ der Schweiß der Arbeiter in den Kakao gelangen müsse, dafür sei der Beweis nicht erbracht. Der Artikel enthalte auch in diesem Punkte eine arge Entstellung, wie auch „Scharen von Katerlaken“ nicht vorhanden gewesen seien. Die eine Zeugin habe eine Katerlake in der Schokolade gefunden, eine andere habe unter der Dampfheizung einige Katerlaken entdeckt. Von „Scharen“ könne man da nicht sprechen. Wer den Artikel lese, müsse glauben, daß Katerlaken in der Schokolade enthalten seien. Der Artikel sei geeignet, die Privatkläger in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, er sei der Tendenz entsprungen,

einschüchternd zu wirken, zunächst auf die Geschäftsleitung der Kakaofabrik und zugleich auch auf andere Fabriken. Gegen solche Einschüchterungsversuche müsse scharf vorgegangen werden. Wenn auf keine Gefängnisstrafe erkannt worden sei, so nur aus dem Umstände, daß der Angeklagte bislang völlig unbescholten sei.

\*

Daß nach dieser Verhandlung ein solches Urteil fallen würde, werden unsere Leser kaum für möglich gehalten haben! Es wird auch nur aus dem Schlußsatz der Begründung erklärlich, in dem es heißt, der „Echo“-Artikel sei der Tendenz entsprungen, die Geschäftsleitung und die anderen Fabrikanten einzuschüchtern. Das Gericht glaubte sich berufen, ein Exempel statuieren zu müssen, um nicht nur die Kakaos, sondern auch die gesamten Fabrikanten vor solchen „Einschüchterungen“ zu schützen. Daß die Gerichte es als ihre Aufgabe betrachten, die Fabrikanten energisch zu schützen, ist ja nichts neues. Es ist aber in diesem Falle während der Verhandlungen in keiner Weise festgestellt, aus welchem Grunde der Angeklagte sein „Verbrechen“ begangen hat. Um der Organisation Anerkennung zu verschaffen? Haben die Kläger oder die Zeugen auch nur eine Andeutung darüber machen können, daß Lehmann jemals die Anerkennung der Organisation von ihnen verlangt hat? Ist er jemals in dieser Beziehung bei der Firma schriftlich oder mündlich vorstellig geworden??? Oder hat er „der Organisation Eingang in den Betrieb verschaffen“ wollen? Dazu brauchte er doch den Artikel gar nicht zu bringen, denn die Organisation hatte ja damals schon längst Eingang in den Betrieb gefunden und sieht auch heute noch dort fest! Vielleicht, um ihr einen schnelleren Fortschritt zu verschaffen? Lehmann ist ein viel zu erfahrener langjähriger Gewerkschaftsbeamter, um nicht zu wissen, daß in solchen Betrieben zuerst stets ein langames, in der Öffentlichkeit nur selten lebhaft in Erscheinung tretendes Umfächern des Organisationsgedankens vor sich geht. Aber der „Einschüchterungsversuch“ muß eben herhalten, um die Wahrung der berechtigten Interessen niederzuschlagen zu können, um welche es Lehmann allein zu tun war! Es waren nicht die Betriebsarbeiter schlecht, die dem Angeklagten ihre Mitteilungen machten, sondern es waren in der Mehrzahl Mitglieder der Organisation, deren Sachwalter Lehmann ist und deren Interessen zu wahren seine Aufgabe und sein gesetzliches Recht ist! Denn die Organisation steht auf dem Boden des Gesetzes trotz des Herrn Dr. Jakobsen, der dem „roten Verband“ die Gültigkeitsberechtigung in der „Kakao“ absperrt.

Lehmann hat also die berechtigten Interessen der Mitglieder gewahrt, die nach ihren Angaben unter der großen Hitze und unter den sonstigen Vorkommnissen zu leiden hatten. Und Lehmann, welcher die Angaben für wahr halten mußte, konnte gerade bei der Reichardt-Kompanie keinen andern Weg einschlagen, denn diese hatte ja schon unzweideutig zu erkennen gegeben — dadurch, daß sie jeden, den sie für ein Mitglied hielt, aus dem Betriebe hinauswarf —, daß sie sich auf keinerlei Weise mit der Organisation einlassen wollte. Sie ließ ja schon die Arbeiterschaft vor den Versammlungen warnen! Und da stellt sich der Gerichtshof auf den Standpunkt, Lehmann hätte Einschüchterungsversuche vorgenommen!

Der Gerichtshof hat aber nicht nur hierin die Wirklichkeit außer Betracht gelassen, er hält auch den Wahrheitsbeweis generell nicht für erbracht, weil einwandfreie Zeugen bekundet hätten, daß sie den Betrieb in musterzüglichen Zustände angetroffen hätten. Von einem allgemeinen Mangel an Sauberkeit ist jedoch in dem Artikel gar nicht gesprochen worden, sondern es sind eine Reihe von Einzelpunkten angeführt, die unter Beweis zu stellen waren. Diese Beweisführung ist nach Ansicht des Gerichts auch im einzelnen mißglückt. Trotzdem soll die Butter von dem Scheuerwasser nach der Begründung des Urteils nur „wahrscheinlich“ zu chemischen Zwecken verwendet worden sein, und es liegt die Vermutung nahe, daß die Abschöpfung nur 8 bis 12 Wochen gedauert habe; wo die Abfälle vom Melangeur hingekommen sind — „können dahingestellt bleiben“; hinsichtlich der Vorgänge an den Walzen liege die „Vermutung“ nahe, daß von böswilliger Hand die Gegenstände in die Masse hineingeworfen wurden, und es wäre besser gewesen, die Masse wäre (in einem bestimmten Falle) nicht verwendet worden usw.

Wir glauben, daß eine weitere Instanz, die sich mit der Sache beschäftigen wird, nicht nur die Motive, welche Lehmann zur Veröffentlichung des Artikels brachten, anders einschätzen muß, sondern daß auch einige Punkte, die unter Beweis gestellt waren, von ihr besser geklärt werden müssen, ehe sie wieder ein derartiges Urteil fällen kann wie das Schöffengericht.

#### Wirtschaftliche Rundschau.

Die bisherige günstige Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur rechtfertigt auch die gehegten Erwartungen im September. Die Lage am Arbeitsmarkt gestaltete sich durch den Rückgang des Andranges der Arbeitssuchenden bedeutend besser als im Vorjahre. Desgleichen ist die Zahl der Krankentassenmitglieder nicht unerheblich gestiegen. Weiter dienen als Beweis der Aufwärtsbewegung die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen. Im September erbrachte der Personenverkehr eine Mehreinnahme von 5 Millionen und der Güterverkehr 10½ Millionen Mark gegen die Vergleichszeit des Vorjahres. Die Ausfuhr von Ackerbauzeugnissen schnellte in dieser Periode von 10 217 599 Doppelzentnern auf 14 709 157 Doppelzentner an. Wohl muß in Betracht gezogen werden, daß die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die bekannte Ausfuhrprämie für Getreide in der Höhe der Eingangszölle gefördert wird. So wurden in den ersten acht Monaten für M. 70 007 650 zollpflichtige Waren gegen Einfuhrscheine zollfrei eingeführt.

Der Geldmarkt wies eine Erhöhung des Diskonts auf. Nachdem die Bank von England am 29. September ihre Rate von 3 auf 4 pZt. erhöht hatte, zog der deutsche Diskont auf 5 pZt. an. Privatskont erreichte 4½ pZt. und Ullimogeld 5½ pZt. Dieser Vorgang brachte

es mit sich, daß die Reichsbank in eine Steuerpflicht von 663 Millionen Mark getreten ist.

Die Rohproduktpreise sind auch in diesem Monat keinen großen Schwankungen ausgesetzt gewesen. Vor der Ernte sind da und dort von Spekulantenspekulationen aufgestellt worden, daß eine unzureichende Ernte die Erschöpfung der Weltvorräte mit sich bringen wird, allem Anschein nach zu dem Zweck, eine Panik hervorzurufen. Das Ergebnis der Welternte hat jedoch ergeben, daß sie im allgemeinen zufriedenstellend, bei Weizen sogar noch besser als im Vorjahre ausgefallen ist. Pro Tonne Weizen wurde an der Berliner Börse Mitte des Monats M 206 gegen M 217, Ende September M 206 gegen M 215 in der gleichen Zeit des Vorjahres, und für Roggen M 160 gegen M 179 und M 160 gegen M 175 notiert. Im August standen die Preise bei Weizen auf M 210, bei Roggen auf M 163. Der Zuckermarkt hat durch den neuen Zucker, der Ende des Monats auf den Markt gebracht wurde, eine rege Kauflust mit sich gebracht. Der Preis pro Zentner ging von M 11,40 auf M 10,70 zurück. Im übrigen hat der Zuckerkonsum 1909/10 vom 1. August bis 1. September ein Plus von 370 700 Zentnern aufzuweisen gegen das Vorjahr. Die Preise für Rohkaffee sind für den Berichtsmontat konstant geblieben. Seit der Ringbildung der St. Thomaspflanze 1907, wo der Doppelpentner mit M 204 bis M 230 notiert wurde, die Preisschraubung jedoch nicht lange standhalten konnte und jetzt zwischen M 96 und M 120 variiert, ist eine bedeutende Steigerung des Kaffeeverbrauchs eingetreten. Kaffee bürgerte sich immer mehr auch in Deutschland als Volksnahrungsmittel ein. Der Kaffeekonsum ist von 1899 auf 1909, also in zehn Jahren, pro Kopf der Bevölkerung von 0,31 Kilo auf 0,61 Kilo oder um 97 pZt. gestiegen, während Tee eine Steigerung von 60 pZt. und Kaffee nur um 17 pZt. aufweist. Allein im letzten Jahre beträgt die Zunahme des Kaffeekonsums 17 pZt. und stieg von 0,52 auf 0,61 Kilo pro Kopf der Bevölkerung. Im gleichen Maße mußte sich naturgemäß die Einfuhr steigern. Sie erhöhte sich innerhalb fünf Jahren von 27 101 Tonnen im Jahre 1904 auf 40 725 Tonnen Kaffee 1909 oder um 50 pZt. Der Mehrverbrauch und die Mehreinfuhr wurden vornehmlich begünstigt durch die bedeutende Preisverbilligung, zu welcher noch die Zollsenkung am 1. August 1909 für Kaffee pro Doppelpentner M 20 und bei Tee M 75 kommt. Alle diese Umstände haben vornehmlich den Kaffeekonsum lebhaft gefördert.

Die Fleischpreise haben eine weitere Steigerung aufzuweisen. Nach einer Zusammenstellung über die häufigsten Preise an 50 preußischen Markorten kostete das Kilogramm Pfennige:

Monat	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schaffleisch	
	1909	1910	1909	1910	1909	1910
Juli .....	155,7	160,1	172,3	180,2	168,4	173,5
August .....	156,0	165,4	173,8	185,0	169,5	174,6
September .....	156,6	167,7	174,9	188,2	170,0	174,7

In nachfolgenden Städten wurden die höchsten Preise notiert. Magdeburg und Emden für Rindfleisch, Altona und Potsdam für Kalbfleisch, für Schaffleisch Potsdam und Coblenz, für Schweinefleisch Frankfurt a. M. und Hanau. Die niedrigsten Einheitspreise waren für Rindfleisch im Juli und August in Graudenz, im September in Memel und Cöslin, für Kalb- und Schweinefleisch in Memel, für Schaffleisch in Allenstein.

Ueber die Gewinne der industriellen Unternehmungen und Banken liegen vom Kaiserlichen Statistischen Amt Angaben als eingehende Arbeit über die finanzielle Gebarung der deutschen Aktiengesellschaften 1908/09 vor. Die Arbeit ist eine Fortsetzung der erstmalig für 1907/08 bearbeiteten Statistik. Es kommen in Betracht 4579 Aktiengesellschaften mit 13 200,57 Millionen Mark Aktienkapital. 3688 Gesellschaften verzeichnen Jahresgewinn, 809 Jahresverlust und 82 sind ohne Gewinn und Verlust. Nach Abzug des Jahresverlustes von 113,53 Millionen Mark betrug der Jahresmehrgewinn 1 114,52 Millionen Mark. Bei Vergleichung des Betrages mit dem eingezahlten Aktienkapital ergibt sich für die Gesellschaften eine Rentabilitätsziffer von 8,57 pZt., bei Berücksichtigung des ganzen Unternehmungskapitals von 7,03 pZt. Von den 4579 reinen Erwerbsgesellschaften verteilten 3271 Gesellschaften 959,70 Millionen Mark Dividende gegenüber 1022,60 Millionen Mark im Vorjahre. Auf das dividendenberechtigte Aktienkapital aller reinen Erwerbsgesellschaften machte die Summe 1908/09 7,38 pZt. und 1907/08 8,07 pZt. aus. Soweit für 1909/10 Berichte über die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften in Frage kommen, hat die Profitrate eine weitere Steigerung erfahren. Bei 3611 Gesellschaften betrug der Gewinn 1 328,217 Millionen Mark, der Verlust 105,166 Millionen Mark und der Ueberschuß 1 223,051 Millionen Mark. Die Gewinnsumme ist gegen 1908/09 um 10,7 pZt., der Ueberschuß sogar um 13 pZt. in die Höhe geschritten. Diese Riesengewinne konnten in der Zeit der Wirtschaftskrise erreicht werden, was erst in den Jahren flotten Geschäftsganges aus den Arbeitern noch herausgeschunden werden kann, das läßt sich heute noch nicht näher beurteilen.

Eine erfreuliche Besserung hat der Arbeitsmarkt auch in diesem Monat zu verzeichnen. Neben der Zunahme der Arbeitsgelegenheit stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften. Ein Vergleich der Parallelmonate in den vergangenen Jahren bestätigt die Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften in Prozenten ausgedrückt wie folgt:

Jahr	Juli	August	September
1907.....	+ 0,21	+ 1,28	+ 2,75
1908.....	- 17,94	- 24,41	- 18,45
1909.....	+ 0,09	+ 18,99	+ 14,50
1910.....	+ 26,22	+ 26,20	+ 21,23

Die Abschwächung der Nachfrage hielt bis zum Juli des vergangenen Jahres an. Erst im August setzte die Zunahme der Arbeitsgelegenheit ein und verstärkte sich im September 1910 um ein Drittel. Der Aufschwung ver-

teilt sich nicht gleichmäßig auf alle Gewerbe. An der Zunahme der Arbeitsgelegenheit partizipiert auch die Schokoladen- und Zuckerverwarendindustrie durch die im September allgemein einsetzende Herbstsaison. Die Fabriken haben vollauf zu tun, um der gesteigerten Warennachfrage gerecht zu werden. Weniger als hier ist das vom Bäckergewerbe zu berichten. Die Ueberfüllung des Berufes, durch die große Lehrlingszuchterei verursacht, hat ein beständiges Meer von Arbeitslosen geschaffen, welchen selbst die aufsteigende Periode keine Garantien günstiger Arbeitsgelegenheit bietet.

### Für die Arbeiterinnen.

**Die Arbeiterin in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.** Die zunehmende Frauenarbeit läßt die Frau zu einem immer wichtigeren Faktor in den einzelnen Berufen werden. Wenn es heute in Oesterreich unter 100 Textilarbeitern 60 Frauen gibt, so zeigt uns dieses Verhältnis, wohin die zunehmende Frauenarbeit führt. Je mehr Frauen aber in den einzelnen Industrien Beschäftigung finden, um so wichtiger ist die Stellung der Frauen zu allen Kämpfen und Forderungen der Arbeiterchaft. Mit der alten Formel, die Frau gehört ins Haus, ist nicht mehr gedient. Wenn Millionen Frauen heute in der ganzen Welt gewerbliche Arbeiten verrichten müssen, so müssen sie auch kämpfen für die Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiterchaft. Leider ist die Zahl der Arbeiterinnen, die den Wert der Organisation zu schätzen wissen noch eine kleine, sowohl im Verhältnis zur Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen, als auch im Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation zu den Männern. Trotzdem hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen schon große Fortschritte gemacht. 1898 waren nur 2216 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. 1907, im Jahre der Hochkonjunktur, stieg die Zahl auf 46 401. In der Zeit der Krise, die nun einsetzt, ging die Mitgliederzahl auf 39 736 im Jahre 1909 zurück, so daß wir in den letzten zwei Jahren 6665 Arbeiterinnen verloren haben. In diesen Jahren haben aber auch die männlichen Arbeiter Verluste erlitten, trotzdem sich die gewerkschaftliche Agitation weit mehr an die männlichen Arbeiter als an die Frauen richtete. Wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt und der Verdienst sich verringert, dann zwingt die wirtschaftliche Not so manche Frau, die Zahlungen zur Organisation einzustellen, weil es für Mann und Frau nicht zum Zahlen reicht. Diese Verluste werden deshalb nur vorübergehend sein. Sobald die beginnende Konjunktur die Einkommensverhältnisse der Arbeiterfamilien verbessern wird, werden auch die Frauen durch eine intensive Agitation wieder gewonnen werden können. Leider hat es der tschechische Konflikt, der das ganze Interesse des Gewerkschaftskongresses in Anspruch nahm, verhindert, daß es zu einer Debatte über die Wege und Mittel gekommen wäre, die zu einer steten und zielbewußten Agitation unter den Arbeiterinnen führen kann. Es genügt dazu nicht, wenn hier und da eine Referentin größere Agitationstouren unternimmt, es müßte auch in allen andern gewerkschaftlichen Versammlungen, Betriebs- und Fabrikversammlungen mehr zu den Frauen und für die Frauen gesprochen werden. Wo die Gewerkschaften, wie bei den Tabakarbeiterinnen und Wäscherarbeiterinnen, durch die überwiegende weibliche Mitgliederzahl gezwungen sind, die Agitation im Interesse der Arbeiterinnen zu führen, dort erweist sich die Frau als ebenso fähig und willig für die Arbeit in der Organisation wie die Männer.

In Deutschland, wo ein eigenes Arbeiterinnensekretariat besteht, ist es der Agitation schon gelungen, die durch die Krise verlorenen Mitglieder wieder zu ersetzen und die Reihen zu schließen. Es muß immer und überall eine besondere Agitation unter den Arbeiterinnen betrieben werden. Der fünfte Gewerkschaftskongreß Deutschlands hat 1905 schon darauf hingewiesen, daß auf die Mitwirkung von weiblichen Personen bei der Agitation und Organisation der Arbeiterinnen Wert gelegt werden muß. Das Arbeiterinnensekretariat hat vor allem die Aufgabe, die für die Agitation wichtigen Materialien zu sammeln und sie in geeigneter Weise, z. B. in Flugblättern, zu verwenden. Außerdem obliegt ihm die Erziehung der Arbeiterinnen für die Agitation durch Uebungsabende und die Veranstaltung von größeren Agitationstouren im Einvernehmen mit den Zentralverbänden.

Wichtig aber ist es, daß nicht nur die Agitation unter den Arbeiterinnen zunimmt und intensiver betrieben wird, es müssen auch die Arbeiterinnen, die heute schon in der Organisation stehen, mehr als bisher von Frau zu Frau agitieren. Nun, wo die Leuerung immer mehr und mehr den Haushalt des Arbeiters belastet, wo die niedrigen Löhne schmerzlicher als gewöhnlich empfunden werden, ist der Boden für die Agitation bereitet. Die organisierten Arbeiterinnen müssen mehr als bisher einsehen, daß es nicht genügt, wenn sie ihre Pflicht gegen die Organisation erfüllen, auch die Agitation ist ihre Pflicht, der sie genügen müssen. Die Gewerkschaftsblätter bringen zu einem großen Teil genügend Material für die Agitation, es liegt nur an den Arbeiterinnen, dieses Material zu verwenden. Wie war unsere Agitation so notwendig wie jetzt, wo der Kampf gegen innere und äußere Feinde an Schärfe zunimmt. Jede Arbeiterin tue ihre Pflicht!

### Genossenschaftliches.

**Der Reichstarif mit den Konsumvereinen und Genossenschaften.** Der mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine im vergangenen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag ist nach der letzten Mitteilung in 142 Vereinen mit Bäckereibetrieben eingeführt. Beschäftigt sind 1589 Bäcker und 112 Badmeister. Nach der Zusammenstellung im Jahrbuch 1909 gehören dem Zentralverband an 193 Konsumvereine und Genossenschaften mit Bäckereibetrieben, darunter eine Zuckerverwarenfabrik. Außerhalb des Verbandes sind 49 Vereine mit Bäckereibetrieben. Hinzu kommen 7 Vereine mit neu errichteten Bäckereien und 58 Beschäftigten, so daß gegenwärtig in 249 Konsum- und Genossenschaftsbetrieben rund 2400 Bäcker und Konditoren beschäftigt sind. Als solche Vereine, welche den Tarif nicht anerkennen haben und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören, sind 65 Vereine mit 194 Beschäftigten zu verzeichnen. Von den übrigen Vereinen sind 7 tariffrei und 42 haben den Tarif nicht anerkannt.

Nach den Bezirken mit Arbeitsnachweisen gegliedert ergibt sich folgendes:

Bezirk	Tarif anerkannt	
	Vereine	Beschäftigte
<b>Gau Berlin.</b>		
Danzig.....	—	1
Breslau.....	3	6
Stettin.....	1	1
Berlin.....	9	3
Magdeburg.....	7	1
Zusammen...	20	12
<b>Gau Hamburg.</b>		
Braunschweig.....	2	2
Hannover.....	2	7
Hamburg.....	5	1
Lübeck.....	3	—
Kiel.....	3	—
Bremen.....	4	—
Zusammen...	19	10
<b>Gau Leipzig.</b>		
Leipzig.....	32	37
Dresden.....	5	6
Chemnitz.....	6	9
Halle a. d. S.....	11	2
Zusammen...	64	64
<b>Gau Frankfurt.</b>		
Bielefeld.....	3	2
Essen a. d. Ruhr.....	4	—
Elberfeld.....	3	4
Düsseldorf.....	1	—
Cöln a. Rh.....	2	3
Wiesbaden.....	2	2
Frankfurt a. M.....	5	1
Mannheim.....	2	1
Karlsruhe.....	6	10
Stuttgart.....	13	4
Zusammen...	41	27
<b>Gau München.</b>		
München.....	3	2
Nürnberg.....	5	2
Zusammen...	8	4
<b>Gesamtsumme...</b>		
	142	107

Nach dieser Zusammenstellung ist der allgemeine Genossenschaftstarif nach länger als einjährigem Bestehen kaum in drei Fünfteln aller Konsumvereine und -Genossenschaftsbäckereien anerkannt. Besonders auffallend ist die große Zahl der nichttarifreuen Vereine im Gau Leipzig, die allein die Hälfte aller Vereine darstellt, welche bis jetzt von der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereibetrieben nichts wissen wollen. Hier wie im Gau Frankfurt, welcher an zweiter Stelle steht, sind die meisten der nicht tarifreuen Vereine dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, mit welchem der Reichstarif abgeschlossen wurde, angeschlossen. Trotzdem haben die Verwaltungen dieser Vereine die Anerkennung des Tarifs verweigert.

Nicht ganz schuldlos sind auch die dort Beschäftigten, indem sie nicht selbst die Betriebsleitungen von dem hohen Wert der tariflichen Vereinbarung zu überzeugen versuchten und darauf bringen, daß dem Beschluß der Mainzer Generalversammlung nachgegeben wird. Dort, wo unsere Kollegen in sachlicher Weise mit den Verwaltungen unterhandelten, sind auch Erfolge zu verzeichnen gewesen. Von dem Verbandsfunktionären muß nun in den einzelnen Gauen und Bezirken erneut an die Konsumverwaltungen herangetreten werden, um bezüglich des Tarifvertrags eine Einigung zu erzielen. Das muß aber schon in den kommenden Wochen geschehen, damit bis zum Jahreschluß die Anerkennung des Reichstarifs auf der ganzen Linie erfolgt ist und in keinem Bezirk verzeichnet werden muß, es stehen noch eine Anzahl Vereine als nicht tariffrei aus.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).

(Sitz Dresden.)

#### Protokollauszüge

der Sitzungen vom 16. Juli, 1. und 16. August, 1. und 16. September und 1. Oktober 1910.

In diesem Quartal erfolgten Beitrittserklärungen nach § 2 des Statuts, und zwar: 168 Eintritte, 106 Uebertritte, 9 Wiedereintritte. Ausschlüsse nach § 4 erfolgten 398, Austritte 78, Ueberweisungen in die Heilanstalt 13. Verurteilungen nach § 9 wurden verhängt in 62 Fällen mit einer Gesamtstrafe von M. 206,30.

**O f f e n b a c h:** Kenntnisnahme, daß der dortigen Verwaltung vier Marken I. Klasse gestohlen worden sind.

**D a n z i g:** Desgleichen, daß dem dortigen Bevollmächtigten das Einnahmehuch mit 28 Beitragsmarken I. Klasse, 25 2. Klasse und 45 3. Klasse gestohlen wurde. Maßnahmen zur Verhinderung deren Verwendung sind getroffen worden.

**E s s e n:** Desgleichen, daß die Frau des dortigen Vertrauensmannes Bernh. Köster auf dem Wege zur Post M. 70 für vermisst und an die Hauptkasse abzuliefernde Beiträge verloren hat. Die monatliche Abzahlung dieses Fehlbetrages bis Jahreschluß wird bewilligt.

**D ü s s e l d o r f:** Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Geschäftsübergabe und der hinterlegten Kautions des neuen Bevollmächtigten Karl Dörr. Dem bisherigen Bevollmächtigten Hub. Rabben werden M. 25,71 Zinsen seiner Kautions ausgezahlt. Der verbleibende Betrag wird als Kautions auf Karl Dörr übertragen.

Muselewitz: Kenntnisnahme von der Auflösung der dortigen Verwaltungsstelle wegen Rückganges der Mitgliederzahl unter zehn. Die Auszahlung der Kautions erfolgte.

Altona: Ergänzungswahl vom 11. September 1910. Buch-Nr. 2942, Max Berndt, wird als Revisor bestätigt. Zentralstelle: Der Vorstand nimmt Kenntnis von der Genehmigung des II. Statutennachtrags und der weiteren Zulassung der Kasse als den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügende Hilfskasse laut Bescheinigung des Reichsanzalters vom 28. Juli 1910 und der Belanntmachung in Nr. 190 des „Deutschen Reichsanzeigers“ vom 15. August 1910, auf Grund dessen die Bestimmungen des II. Nachtrags mit dem 1. September 1910 in Kraft treten. Die Bestimmungen des II. Nachtrags sind in Nr. 35 des Kassenorgans bekanntgegeben und somit für alle Mitglieder rechtsverbindlich.

Kenntnisnahme davon, daß der Vorstand des Verbandes freier Hilfskassen zu Hamburg dem Anschluß der Kasse an den Verband seine Zustimmung erteilt hat. Es haben demnach alle örtlichen Verwaltungsstellen den Anschluß an die örtlichen Einrichtungen des Verbandes ab 1. Oktober 1910 bzw. 1. Januar 1911 zu vollziehen; in örtlichen Verwaltungsstellen, wo etwaige Verträge mit den Kassenärzten dies verhindern, sind derartige Vertragsverhältnisse zu kündigen, damit der Anschluß spätestens am 1. Januar 1911 erfolgen kann.

Kenntnisnahme des Revisionsberichtes der Aufsichtsbehörde der vom 23. bis 27. September 1910 erfolgten Revision: I. Der erfolgte Abschluß des Kassenbuches ergab an Einnahme M. 20 876,89, an Ausgabe M. 20 780,91 und Kassenbestand M. 95,98, welcher mit dem Sollbestande übereinstimmte. II. An Beitragsmarken wurden vorgefunden: 37 632 Stück 1. Klasse à M. 3, 43 702 Stück 2. Klasse à M. 2,80, 54 424 Stück 3. Klasse à M. 2,60. III. Die Prüfung der Büchereinträge und des Markenfontos ergab die Richtigkeit des unter I. und II. aufgeführten Befundes. IV. Das zinstragend angelegte Kassenvermögen wurde im Vergleich mit der Vermögensrechnung richtig vorgefunden. An Kautions waren die Blatt 48b, 49 und 51b aufgeführten Wertgegenstände richtig hinterlegt.

Der Abschluß des Kassenbuches und Beibehaltung der örtlichen Verwaltungsstelle Dresden ergab an Einnahme M. 703,07, Ausgabe M. 520,56, Barbestand M. 182,51 mit dem Sollbestande übereinstimmend. An Quittungsmarken wurden vorgefunden: 62 Stück 1. Klasse à M. 3, 102 Stück 2. Klasse à M. 2,80, 30 Stück 3. Klasse à M. 2,60.

Die Prüfung der Markenabrechnung ergab die Richtigkeit der vorgefundenen Bestände. Sämtliche Ausgaben waren ordnungsmäßig belegt. Unzulässige Ausgaben waren nicht nachzuweisen.

Der Kassenvorstand.

J. A.: Bruno Thiele, stellvertretender Schriftführer.

Literarisches.

Das Protokoll des Magdeburger Parteitagess ist erschienen. Die Verhandlungen des Parteitages wurden dieses Jahr bei untern Genossen wie auch bei den Gegnern mit ganz außerordentlichem Interesse verfolgt, und besonders die Debatten über die Budgetbewilligung haben die Gemüter aufs heftigste erregt. Aus den sonstigen Verhandlungen sind noch hervorzuheben: Bericht des Parteivorstandes — Parlamentarischer Bericht — Maifeier — Wahlrechtsfrage — Genossenschaftsfrage — Reichsversicherungsordnung. Das Protokoll kostet Vereinsausgabe M. 1,25, gebunden M. 1,75. Bibliotheken und Archive seien besonders auf die allgemeine Ausgabe auf gutem holzfreiem Papier (Preis M. 2,50, Halbfrazband M. 3,50) hingewiesen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Speditionen und Kolporteurs.

Der Arbeiter-Notizkalender 1911 ist soeben beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, zur Ausgabe gelangt. Der Arbeiter-Notizkalender erfreut sich seit vielen Jahren großer Beliebtheit in den Kreisen der organisierten Arbeiter. Alle berechtigten Anforderungen, die ein Arbeiter an ein Taschenbuch stellt, sind erfüllt. Der Kalender gibt Auskunft über alle Adressen, die für den Arbeiter von Wichtigkeit sind. Ein umfangreicher Tageskalender sowie ein Notizbuch sorgen dafür, daß er sich alle Verantwortungen, die ihn interessieren, notieren kann. Der sonstige Inhalt ist lehrreich und interessant für jedermann. Besonders Interesse werden die Porträts der seit Erscheinen des vorigen Kalenders neugewählten acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten begegnen. Der Preis des dauerhaft gebundenen Taschenkalenders beträgt 50 Pf. Alle Parteibuchhandlungen, Speditionen und Kolporteurs haben ihn vorrätig.

Wahlrecht und Dreiklassenparlament. Herausgegeben von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. 117 Seiten. Preis M. 1,50. Die Wichtigkeit des Inhalts wird am besten der Abdruck der Kapitelüberschriften dartun: 1. Die Entwicklung des Dreiklassenwahlrechts. — 2. Die Wahlrechtsvorlage des Ministeriums Bethmann-Hollweg. — 3. Die erste Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses. — 4. Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission des Abgeordnetenhauses. — 5. Die zweite Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses. — 6. Die dritte Lesung und die nochmalige Abstimmung. — 7. Die Vorlage im Herrenhause. — 8. Die Verschärfung des Wechselbalges. — 9. Schlusswort. Für jeden Politiker ist die Schrift unentbehrlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Garantien der Harmonie und Freiheit von Wilhelm Weitling. Mit einer biographischen Einleitung und Anmerkungen. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3.

Gewerkschaftsstatell und Arbeitersekretariat Hamburg-Altona. Dreizehnter bzw. zehnter Bericht für 1909. 184 Seiten. Selbstverlag.

Achtung!

Alle für Nr. 47 unseres Organs bestimmten Einsendungen müssen des Buztages wegen Montag, den 14. November, morgens, in unsern Händen sein. Die Redaktion.

Anzeigen.

Zahlstelle Hamburg-Altona.

Sonntag, den 13. November, nachm. 2 Uhr: Mitgliederversammlung (Fortsetzung)

in den oberen Räumen des Gewerkschaftshauses. [M. 3] Wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen unbedingt nötig. Der Vorstand.

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: :: Konditoren und Hilfsarbeiter :: :: Frankfurt a. M.

Nur An der Schmidtstraße 7, erster Stock, täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Vermittlung unentgeltlich. Telefon: Nur Städtische Arbeitsvermittlungsstelle, Abteilung Bäcker (keine Nummer)

Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker :: :: Konditoren und Hilfsarbeiter :: :: Offenbach a. M.

Nur Kaiserstr. 68, Hinterhaus, part., täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Vermittlung unentgeltlich.

Unsere treuen Mitglieder Max Horrenburg und seiner lieben Frau die besten Grüsse und Wünsche zur Vermählung! Zahlstelle Frankfurt a. M. [M. 3,60] (Sektion der Konditoren.)

Unsere Kollegen Hans Heinold nebst seiner Braut Marie Lang die besten Glückwünsche zur Vermählung. [M. 3] Die Konsumbäcker in Marktredwitz.

Dankagung. Für die unsern lieben Söhne, Bruder, Schwager und Onkel Walter Knoll anlässlich seines Hinscheidens erwiesene letzte Ehre sagen wir dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle Hamburg, der Liebertafel „Amicitia-Concordia“ und seinen treuen Kollegen der Bäckerei Brozgor unsern herzlichsten Dank. Die Hinterbliebenen.

Bonbonfächer,

welcher in Seidensachen und Plastik, mit flüssiger und fester Füllung, eine tadellose Hochglanzware liefert und selbständig arbeiten kann, findet dauernden und gut bezahlten Posten.

„Fortschritt“ [M. 8] Zuckerwaren- und Schokoladen-Fabrik E. G. m. b. H. Altona, Langensfelderstraße 93.

Der Unterzeichnete nimmt die gegen den Konsumbäcker Otto Christir gemachte Verächtigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da dieselbe jeder Grundlage entbehrt. [M. 3] Heinrich Rüsse, Bäcker, Essen a. d. R.

Bekanntmachung.

Diesem Mitglieder der Innungs-Krankenkasse der Bäcker-(Zwang-)innung zu Altona, welche auch Familienunterstützung (ärztliche Hilfe und Medikamente) beanspruchen wollen, haben im Bureau: Pohesulstraße 14, 1. Et. (4-6 Uhr nachmittags) einen entsprechenden Antrag zu stellen. Laut Vorstandsbeschluss ist hierfür ein Zusatzbeitrag von

50 Pfennig pro Monat zu zahlen. Dieser wird nach Möglichkeit vom Arbeitgeber eingezogen. Andernfalls ist das betreffende Mitglied verpflichtet, für die Einzahlung Sorge zu tragen.

Der Vorstand. [M. 8] Al. E. a. B., Vorsitzender. Peickner, Rechnungsführer.

Allen Hamburger Bäckern u. Konditoren empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderoben nach Maß unter Garantie für guten Sitz [M. 2,50] J. Schnaidt, Deichtorstr. 2 (b. Zentralmarkt).

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund System Arends

Größte stenographische Arbeiterorganisation in Deutschland. Unterrichte im Jahre 1907/08: 2567; 1908/09: 3366; 1909/10: 5000 Arbeiter. In 120 Städten Vereine. Einzige Kurzschrift, welche das System Gabelsberger niederrang, und zwar in Schweden. 1880 dortselbst nur Gabelsbergerianer im Reichstag tätig; 1910: 23 Preussianer und nur noch 8 Gabelsbergerianer. Wegen kostenfreien brieflichen Unterrichts richte man Adresse an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 85.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Bäcker und Konditoren kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für Berufs-Kleidung Kohnen & Jöring, Berlin Hauptgeschäft und Versand: Alexanderstr. 12 Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 6. November: Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstr. 5. — Braunschw. Vorm. 11 Uhr im „Deutschen Hause“, Steinstr. 32. — Braunschweig (Bäcker): 3 1/2 Uhr, „Stadt Neudorf“, Auguststraße. — Bremerhaven: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Chemnitz: 3 Uhr, „Zur Sängerkloge“, Logenstr. — Dortmund: 3 Uhr, „Zur Reichskrone“, Mühlent. 6. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Eisenach: 3 Uhr im „Goldnen Engel“, Katharinenstraße. — Flensburg: 2 Uhr bei Andree, Nordertorbiehale. — Frankfurt a. d. O.: Im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Gießhacht: 3 1/2 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergeborfer Straße. — Gera: 3 1/2 Uhr im Heineberg. — Gießen-Wehlar (Dessentliche): 3 1/2 Uhr in der „Sängerkunst“, Brandgasse, Gießen. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 23. — Hof: Gasthof Blajer, Sophienberg. — Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei R. Daber, Molleplatz. — Lübeck: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. — Meuselwitz: 3 Uhr im „Deutschen Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Pruschkinski. — Rostock: 2 1/2 Uhr, Beguinenberg 10. — Saarbrücken: 3 Uhr im „Tivoli“, Gerberstr. 26. — Schmolln: 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzhauer Straße. — Solingen: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Suhl: 3 Uhr in Dombergs „Anficht“. — Taugermünde: 3 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — Ulm: 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Wegefac: 4 Uhr bei Brümmer, Langenstr. 55. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus.

Montag, 7. November: Biersen: „Zum Kaiser Karl“, bei Hahn, Kaiserstraße.

Dienstag, 8. November: Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. — Fürth i. B.: 5 Uhr bei Simaber, Gartenstr. 1. — Hamburg-Altona (Konditoren- u. Wadagehilfen): 8 1/2 Uhr bei Heitmann, Grobneumarkt. — Heideberg: 3 Uhr im „Goldnen Römer“, Hauptstr. 41. — Rosenheim: Im „Frühlingsgarten“.

Mittwoch, 9. November: Augsburg: Im „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse. — Cöln a. Rh. (Weißbäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Severinstraße 199. — Grimmitzschau: 5 Uhr in der Zentralherberge. — Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — Homburg v. d. S.: 8 Uhr, „Zur neuen Brücke“. — Lüneburg: 2 Uhr bei Wulf. — Straßburg i. E. (Bäcker): Im „Vogelgefang“, Schiffteufsteten 7. — Tregau i. Schl.: In Sauer's Lokal, Wilhelmstraße. — Waldenburg i. Schl.: „Zur Sandmühle“.

Donnerstag, 10. November: Cassel: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfshagerstr. 5. — Cottbus: Bei Liesl, Schloßstr. 12. — Erlangen: „Zum goldenen Pech“, Glockenstraße. — Gotha: 3 Uhr im Volkshaus „Zum Wobren“. — Hamburg-Altona (Weißbäcker): 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Hanau: 3 Uhr, „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — Karlsruhe (Dessentliche): 3 Uhr im Restaurant „Karlsruhe“, Akademiestr. 30. — Kaiserlautern: 4 Uhr, „Zur Burg“, Steinstr. 20. — Magdeburg (Bäcker): 3 1/2 Uhr im „Sachjenhof“, Gr. Storchstr. 7. — Marktredwitz: Im „Alder“. — Schnebeck: Im Bürgerhaus, Breiter Weg. — Wernigerode: „Zur Stadt Braunschweig“, Hindersimstraße. — Würzburg: 3 Uhr im „Goldenen Hahn“.

Freitag, 12. November: Hamburg-Altona (Grob Bäcker): 8 1/2 Uhr bei Planeth, Michaelisstr. 50. — Magdeburg (Konditoren): 8 1/2 Uhr im „Sachjenhof“, Gr. Storchstr. 7. — Reimscheid: 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße.

Sonntag, 13. November: Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bregendorf: 4 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachjenstraße. — Bernburg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. — Essen a. d. R.: 3 Uhr im Restaurant „Zur Bürgerhalle“, Notstr. 29. — Grlitz: 2 1/2 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37. — Hagen-Schwerte: 10 Uhr bei Schürhof, Hagen, Hochstraße. — Halle a. d. S.: 3 Uhr, „Zu den drei Königen“, Klausstraße 7. — Hamburg-Altona (Alle Mitglieder): 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Herford: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Hilbert, Brüderstr. 2. — Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Neuh.: Vorm. 11 Uhr bei Heinrich Reimers, Furterstr. 110. — Oldenburg: 4 Uhr bei Schuhmacher, Kurvistr. 28. — Osnabrück: Vorm. 11 Uhr im „Osnabrücker Hof“. — Plauen: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Solingen: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Wittenberg b. Halle: Vorm. 10 Uhr, „Zur Einigkeit“, Töpferstr. 1.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hueck & Co. in Hamburg.